

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 4,- Goldmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 20. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Luthers Programm.

Schiele, Neuhaus, Schlieben = Republik, Frieden, soziale Gerechtigkeit!

Die Regierung der Luther, Schiele, Neuhaus und Schlieben ist für Republik, Frieden und soziale Gerechtigkeit!

Wers nicht glaubt, lese die Erklärung des neuen Reichskanzlers! Diese Erklärung ist ein sogenanntes Programm.

Schlieben ist der neue Reichsfinanzminister! Nachdem Herr Luther vor Herrn Saemisch noch einen vergeblichen Fußfall getan...

Herr v. Schlieben war im Herbst 1918 in der Reichskanzlei. Die Revolution verursachte ihm Lobhudeleinfälle. „Ich schiese mich tot“, rief er aus...

Schiele, Neuhaus, Schlieben. Republik, Frieden, soziale Gerechtigkeit.

Soziale Gerechtigkeit, Republik, Frieden; es gibt keine Regierungserklärung, in der von diesen schönen Dingen soviel die Rede war wie in der Erklärung des Herrn Luther.

Die Erklärung war länger, als man erwartet hatte. Sie setzte sich mit allen möglichen Fragen auseinander...

Herr Luther hat gestern bemerkt, daß die Regierungskrise zur Staatskrise zu werden drohte. Eine harte Kritik an denen, die sie heraufbeschworen hatten...

Luther hat Marx gestürzt. Der Punkt, an dem die Regierungskrise zur Staatskrise zu werden drohte, war erreicht, als die im Kabinett verbliebenen Minister mit Luther an der Spitze in Opposition zu Marx traten...

Nach der gestrigen Regierungserklärung muß jedoch angenommen werden, daß diese Krise nur entfacht wurde, weil Republik, Frieden und soziale Gerechtigkeit bei den Herren Schlieben, Neuhaus und Schiele in noch besseren Händen seien, als bei Herrn Marx.

War aber die Regierung Marx nicht „im Bann der Sozialdemokratie“? War sie nicht die „Regierung der nationalen Knochenweichung“? Hatte sie nicht den „Tropfen Schmach im Blut“...

Republik? Frieden? Soziale Gerechtigkeit? Wen täuscht man hier?

Entweder die Regierung Luther ist so, wie sie sich in ihrer gestrigen Erklärung vorgestellt hat, dann sind die Rechtsparteien die grenzenlos Blamierten, dann haben sie die Regierung Marx nur gestürzt, um die Politik Marx fortzusetzen.

Rosawölftchen allerlei holde Genien niedersteigen, nichts als ein Theatervorhang, der aufgerollt wird, wenn das Stück beginnt.

Immerhin gibt es einige Punkte, die etwas ernster zu nehmen sind.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik hat die Regierung Luther ausdrücklich versprochen, die Wege der Regierung Marx, der Regierung der nationalen Knochenweichung, gehen zu wollen.

Auf dem Gebiet der inneren Politik wird ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft angekündigt. Natürlich nach strengsten Gesetzen der „sozialen Gerechtigkeit“.

Hier kündigen sich allerlei Lausgeschäfte an, zeigen sich allerhand frische Punkte, um die schwere Kämpfe entbrennen werden.

Die Ausnahme der Regierungserklärung war über alle Maßen kühl und zurückhaltend. Heute werden sich wohl alle deutschnationalen Federn in Bewegung setzen, um zu beweisen, daß die Erklärung Luthers doch etwas ganz anderes gewesen sei als die Erklärungen früherer Regierungen.

Es ist wohl ein sehr großer Unterschied zwischen den beiden Luthern. Der Martin vor vierhundert Jahren war eine Kampfnatur, der Hans von heute gibt sich friedlicher: Mein Name ist Luther, es ist alles in Butter!

Aber wenn Herr Luther das, was er gestern gesagt hat, nicht bloß als Phrasen betrachtet, dann wird er bald von rechts her ins Gedränge geraten, wenn er aber morgen das Gegenteil von dem tut, was er gestern gepredigt hat, so wird man ihm von links her seine Luther-Worte von gestern um die Ohren schlagen.

Wir Sozialdemokraten sind gesonnen, nicht auf die Worte, sondern auf die Taten zu achten, nicht aufs Maul, sondern auf die Fäuste zu sehen und nicht auf das Papier, sondern in die Gesichter. Die Gesichter, die wir jetzt auf der Ministerbank erblicken, sprechen den Worten, die wir gestern von dort gehört haben, Hohn.

Das ist ein guter Anfang! Aber nicht für sie, sondern für uns!

Bei vollem Saal und überfüllten Tribünen eröffnet Präsident Löbe um 9 1/2 Uhr die Sitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Präsident Löbe verliest zunächst das Schreiben, in dem Dr. Luther seine Betrauung mit dem Amt des Reichskanzlers und die Berufung der verschiedenen Minister mitteilt.

der Nennung des Namens v. Schlieben rufen auch die Sozialdemokraten: „Acht! Ein Kommunist ruft: „Eine feine Gesellschaft!“

Als der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort zu seiner Erklärung erteilt, rufen die Kommunisten laut: „Amnestie! Amnestie!“

Reichskanzler Dr. Luther:

Mein erstes Wort als Reichskanzler ist ein Wort des Dankes an die scheidende Reichsregierung und besonders an ihren Führer, Herrn Reichskanzler Marx.

Dies ist der Kerngedanke des parlamentarischen Systems, auf dem das staatliche Leben unseres Vaterlandes aufgebaut ist.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919.

Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern:

Ihr Eigenleben soll geschützt und ihre bedeutungsvolle Rolle im staatlichen Gesamtleben des deutschen Volkes auch in der Handhabung der Reichsverwaltung sorgfältig beobachtet werden.

In erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt.

Dauernde Verhältnisse in Europa sind die Grundlage für die mit dem Londoner Abkommen erstrebte Lösung der Reparationsfrage.

Entspannung des deutschen Volkes durch die Nichträumung der nördlichen Rheinlande ohne schwer beeinträchtigt

worden. Die Reichsregierung wiederholt deshalb die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung.

Dauerschlands in der Entmännungsfrage vertritt die Reichsregierung den Standpunkt der Antimilitaristen der früheren Regierung an die Wollkanten. Sie wiederholt das Verlangen, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzuteilen, damit sie in die Lage versetzt wird, Stellung zu nehmen. Zugleich wird die Reichsregierung ihre ganze Kraft daransetzen,

durch Verhandlungen, die alsbaldige Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu erzielen,

ohne die eine Festigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Europas nicht möglich ist. Mit dem Betreiben der baldigen Räumung will die Reichsregierung vor allem auch der rheinischen Bevölkerung dienen. Die seit dem November 1918 so tapfer für das ganze deutsche Volk die Lasten der Befreiung trägt. Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den durch dieses Abkommen geschaffenen ausländischen Verwaltungsstellen

sich bisher in Sachlichkeit und ohne Reibungen vollzogen hat. Ich werde es in voller Übereinstimmung mit dem Kabinett für eine meiner wichtigsten Aufgaben halten, die mit dem Londoner Abkommen zusammenhängenden Fragen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, und insbesondere die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der

Stellung Deutschlands zum Völkerbunde
ist niedergelegt in den Memoranden, die die frühere Reichsregierung an die im Völkerbunde vertretenen Mächte gerichtet hat, und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes in Genf ergangen ist. Die Reichsregierung verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des Völkerbundesgedankens und die Durchführung, der ihm zugrunde liegenden Anschauungen, muß aber auch ihrerseits an den Voraussetzungen festhalten, die von der bisherigen Reichsregierung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufgestellt sind. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage, wie auch unabhängig davon, wird die Reichsregierung in Übereinstimmung mit den früheren wiederholten Erklärungen deutscher Reichsregierungen die Bemühungen fortsetzen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Verfallers Vertrages über seine

Schuld am Kriege

zu befreien.

Am 10. Januar ist die uns durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Weisbegünstigung gefallen. Die Reichsregierung wird die so gewonnene Freiheit nutzbar machen, damit Deutschlands Wirtschaftsleben gesundet, namentlich auch damit ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung geschaffen werden kann. Die deutsche Wirtschaft muß wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert werden. Wir müssen deutsche Erzeugnisse mehr als bisher ausführen, um dadurch mit der Erhöhung unserer Kaufkraft zur Steigerung des Warenverbrauchs der Welt beizutragen. Nur auf diesem Wege kann die Passivität der Handelsbilanz überwunden und mit ihrer Aktivierung die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen gesichert werden. Bis zum 10. Januar haben die diesjährigen Handelsvertragsverhandlungen nicht überall zum Abschluß gebracht werden können. So war es nötig, in einzelnen Fällen Provisorien abzuschließen. Auch wo vorläufige oder endgültige Abmachungen bisher nicht erreicht wurden, wird die Reichsregierung der deutschen Wirtschaft jede mögliche Erleichterung zu verschaffen trachten. Sie wird sich deshalb gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken und wird Lösungen suchen, die auf der gleichmäßigen Achtung der gegenseitigen Interessen der handelnden Völker beruhen.

Auf innerwirtschaftlichem Gebiet wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Durch das Zusammenwirken aller wertvollen Schichten, wegen ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, unter denen der Handwerker- und Bauernstand aus dem großen Kreise der selbständigen Gewerbetreibenden besonders genannt sei, muß die niedergebrogene deutsche Volkswirtschaft von neuem aufgebaut werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel, die Wege zu ihm wird die Reichsregierung mit Entschiedenheit beschreiten. Die Beseitigung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch von der neuen Reichsregierung trotz aller auf diesem Gebiet bislang erlebten Enttäuschungen ernsthaft weiter erstrebt werden. Wenn so der letzte Rest der Inflationswirtschaft

ausgeräumt wird, dann wird auch der aufreibende und kulturlose Luxus nachlassen, mit dem vielfach die Neureichen unser Volkleben vergiften, und der Sparttrieb, ohne den kein Volk sich erholen kann, wird einen starken Antrieb empfangen. Nur durch

Stärkung und Befundung der deutschen Wirtschaft
kann auch die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit, die seit Jahrzehnten der Stolz des deutschen Volkes gewesen ist, im Rahmen des wirtschaftlichen Möglichen zu festigen und weiter auszubauen. Für die Sozialversicherung war das Jahr 1924 ein Jahr des Wiederaufbaues. Die weitere Ausgestaltung ist uns soziale Pflicht. Die bereits in Vorbereitung befindlichen, diesem Zwecke dienenden Gesetzentwürfe sollen baldmöglichst dem Reichstag zugeleitet werden. Dem nach wie vor

drückenden Problem der Erwerbslosigkeit
sucht die Reichsregierung durch Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und durch Errichtung einer Arbeitslosenversicherung gerecht zu werden.

Auch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts soll kein Stillstand der Sozialreform eintreten, insbesondere glaubt die Reichsregierung, dem Wunsche aller Parteien entsprechend, ohne Verzug den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes den gesetzlichen Körperlichkeiten unterbreiten zu können. Die Reichsregierung ist sich bemüht, daß die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung nur ein durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht darstellt und daß die aus ihr erwachsenden

sozialpolitischen Härten so schnell beseitigt werden müssen,

als es die Besserung der Wirtschaftslage irgend zuläßt. Was die Lohn- und Gehaltsentwicklung betrifft, so wird sich die Regierung dafür einsetzen, daß Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Durch die Verbesserung der Unterberechnung soll größere Klarheit über die wirkliche Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschaffen werden.

Die Regierung wird, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist, in dem

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft
fortfahren. Dabei wird sie sorgfältig die Bedürfnisse, die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen, insbesondere wird sie notwendige scharfe Maßnahmen gegen die unehrerliche Ausbeutung freier werdender Räume vornehmen. Sie wird auch sonst bestrebt sein, das Los der Hilfs- und Fürsorgebedürftigen nach Kräften zu lindern.

Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten Volkes aufs innigste verknüpft. In ihr finden sich daher alle Stände zusammen. Sie sollen alle in sich gesunden und selbsttätig ihre Interessen fördern, dem Wohle des Ganzen dienen. Zur

Aufwertungsfrage
werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen.

Dabei sollen in vollstem Verständnis für die Notlage insbesondere der alten Sparrer in Ausführung der dritten Steuernovellierung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Soll das deutsche Staatswesen neben den schweren außenpolitischen Lasten alle diese Verpflichtungen auf sich nehmen, so wird es mehr als je auf die Ausgestaltung des Steuerwesens ankommen. Gesetze sind vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich richtige und sozial gerechte Besteuerung in klarsten einfachen Formen herbeiführen sollen. Die soziale Gerechtigkeit umschließt auch eine Berücksichtigung der Kinderreichen. Auch nach Durchführung dieser Steuerreform wird die steuerliche Belastung des deutschen Volkes immer außerordentlich hoch bleiben. Die Steuern aber dürfen, wenn sie nicht ihren eigenen Zweck auf die Dauer verfehlen wollen, nicht so drückend sein, daß sie die Wirtschaftskraft lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der von der scheidenden Regierung bereits in erheblichem Umfange begonnene

Abbau jeder übermäßigen Besteuerung,
die im letzten Jahre um der Erhaltung der Währung willen nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Alle wirtschaftlichen, sozialen und steuerlichen Maßnahmen aber können für sich allein den Wiederaufstieg Deutschlands nicht herbeiführen. Vielmehr müssen die sittlichen Lebenswerte zu immer stärkerem Einfluß im gesamten Staatsleben gebracht werden. Unsere

auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfange auch den Nichtdemokraten zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend sind Gefahren, die Körper und Seele bedrohen, abzuwehren. Diese Aufgaben liegen im einzelnen hauptsächlich den Vätern und Gemeinden ob; die Reichsregierung will jedoch ihre gesamte Regierungstätigkeit von solchen sittlichen Grundgedanken durchdrungen sehen. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft sie ein seit langem vorbereitetes

Reichsschulgesetz

dem Reichstage demnächst vorlegen zu können.

Für die praktische Arbeit der nächsten Zeit ist wichtig, daß der dem Hohen Hause bereits vorgelegte Haushaltsplan erst dann in vollkommener Gestalt verabschiedet werden kann, wenn eine Anzahl von Vorfragen gesetzgeberisch beantwortet sind. Solche Vorfragen sind die

Aufwertung, der Finanzausgleich und die Steuererleichterung.

Die Reichsregierung wird die bereits vorbereiteten Gesetze möglichst bald dem Reichstag zuleiten. In der Zwischenzeit wird es möglich sein, die Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungen zu beraten.

Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Befundung zuzuführen. Vorerst wird die schwere Not, die auf unserm Volke lastet, nur langsam gehoben werden können. Ein Vorwärtsschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt, und wenn das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit heraus sich immer einmütiger zusammenschließt. Dann, aber auch nur dann, wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehren hindurch sich im Kreise der anderen Völker den Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Nach der Kanzlerrede gab es noch kurze lärmende Kundgebungen der Kommunisten. Dann wurde um 7 Uhr die Besprechung der Regierungserklärung auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

Der neue Reichsfinanzminister.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Die Ernennung des Ministerialdirektors von Schlieben zum Reichsfinanzminister ist ein neues Symptom für das Niveau des Kabinetts Luther. Herr von Schlieben, Ritter des Johanniterordens, hat sich während seines kurzfristigen Aufstiegs — nach kurzem Debut in der Reichskasse 1919 als Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, wo er 1921 zum Ministerialdirektor aufstieg — mehr und mehr zum gefügigen Vollstrecker eines höheren Willens oder ihm nicht immer erkennbarer politischer Direktiven entwickelt. Er pendelte mit zunehmender Virtuosität zwischen Einnahme- und Steuerabteilung des Reichsfinanzministeriums und wurde den beiden Chefs dieser Abteilungen ein unentbehrlicher Mittler in den Lohn- und Gehaltsverhandlungen. Daß er mit ihnen nicht in innere Konflikte geriet, dafür sorgte die gleiche politische Grundstimmung, von der alle getragen wurden. Diese Grundstimmung hindert bekanntlich nicht an der Ablegung des Verfassungseides, und so braucht denn der neue Reichsfinanzminister nicht erst nachzuholen, was ein anderes Mitglied des Kabinetts Luther in solcher Voraussicht kommender Dinge unterließ.

Das deutsche Volk dankt dem neuen Herrn im Reichsfinanzministerium viel mehr als mancher denkt. Während der Inflationszeit hat er es oft genug ausgesprochen, warum er eine grundlegende Aufbesserung der Staatsarbeiterlöhne und Beamtengehälter nicht verantworten könne: er wolle nicht die Inflation steigern! Immer wieder ist ihm in den Gehalts- und Lohnverhandlungen vorgehalten worden, daß doch endlich einmal die Steuerfahrbahn dort angezogen werden solle, wo noch etwas zu holen sei. Und immer wieder zog sich Herr von Schlieben achselzuckend hinter die Beschränktheit seiner Befugnisse zurück, die ihm die Lösung dieser Aufgabe leider nicht gestatte, da sie Angelegenheit der Steuerabteilung sei.

Herr von Schlieben hat seine Amtshandlungen stets — das muß ihm an jeder Kritik zuerkennen — im Rahmen der strengsten „Objektivität“ vollzogen. Allerdings hat ihn diese Stellungnahme nicht gehindert, gelegentlich den Versuch zu Lohn- und Gehaltsdrückerei zu unternehmen, wie z. B. in seinem Brief vom

Ein Dichtergruß aus Danzig.

Kaum eine Wunde, die uns der Versailler Vertrag geschlagen hat, ist schmerzlicher und will schwerer darnarben als die Abtrennung der alten deutschen Hansestadt Danzig von ihrem Mutterlande. Wer Danzig kennt, wer sich einmal dem malerischen Zauber dieses altdeutschen Stadtbildes hingegeben hat und wer heute die starre Mauer des polnischen Korridors zwischen der deutschen Heimat und dem deutschen Danzig ausgerichtet sieht, empfindet um so leidvoller die Tragik eines Volkes, dessen Schicksal nach einem verlorenen Kriege vom Machtwillen seiner Gegner diktiert wurde. Diese Stadt ist wie ein Kind, das aus dem Elternhause geraubt und in eine fremde Welt gestellt wurde, die ihm niemals innerlich nahekommen wird. Deshalb liegt etwas wie harter Trost neben der Sehnsucht, mit der man heute in Danzig nach dem verlorenen Vaterlande zurücksehnt.

Diese Gedanken werden in uns lebendig angesichts des jüngst erschienenen Gedichtbuchs „Danzig (Antik einer alten Stadt)“ von Willibald Dmankowski (Danziger Verlagsgesellschaft m. b. H.). Das Buch ist ein Genus und ein Zeichen treuer Erinnerung der alten Stadt Danzig an die deutsche Heimat, ein Dokument aber auch des unzertrennbaren deutschen Charakters dieser Stadt. Unter den Städten, die in ihrem Stadtbild ein Stück deutscher Geschichte und Kultur spiegeln und dadurch eine besondere Berühmtheit erlangt haben, nimmt Danzig eine führende Stelle ein. Wer einmal dort gewohnt hat, wird in dem Buche so manches Landschaftsbild, so manches bauliche Wahrzeichen, das sich seinem Gedächtnis eingeprägt hat, mit froher Überraschung wiederfinden. Aber auch jeder Freund altdeutscher Städtebaukunst, der Danzig selbst noch nicht gesehen hat, wird sich gern in die mit bildkräftiger Anschaulichkeit gebotenen Darstellungen des Buches versenken. Da ist der Rathausurm, eine „Ganze, dionysisch aufgestellt in Bogenschlag, in Wolkenwand“, ein Wahrzeichen, vor dem der Dichter ausruft:

„Stein, rede du,
wes Art du bist und wessen dieses Land!

Da sind die Kirchen mit ihrer düsteren Wucht und ihrer feierlichen Ruhe, voran St. Marien, deren klöbiger, vierkantiger Barockturm „ist wie eine Faust zu schauen, die sich nach oben reckt“. Da geht es durch eine verträumte Gasse nach einem alten Patrizierhause, einem friedlichen, einsamen, stolzen Palaste, durch ein hochragendes Stadttor, und da klingt der zauberhafte Song der Glockenspiele,

„die von den alten Türmen niederbrechen,
dich ganz durchdringen wie der Wein die Schale
aus Bergkristall. — Man kann davon nicht sprechen.“

Und da rauscht schließlich auch das dunkle Lied des Meeres, und die Wetzfel verflucht im Abenddämmer, und aus der schmalen Luke eines Rahnes

„greift ein Licht

mit schlanken Fingern nach der Flut
und wirft verlor die goldne Blut
dem Flusse in das Nachtgesicht.“

Dmankowski ist ein Dichter, der in seiner engeren Heimat schon seit längerer Zeit einen guten Ruf genießt. Aber man würde ihm

Unrecht tun, wenn man ihn als Zweckdiener in dem wegwerfenden Sinne einschätzen wollte, der so leicht dem Begriffe „Helmschmuck“ anhaftet. Das Antik der alten Stadt Danzig ist Dmankowski ein inneres Erlebnis, das nach und nach unwiderstehlich zur Gestaltung gedrängt hat. Gewiß finden sich im Ausdruck vereinzelt Wendungen, die gesucht und nach anmuten, aber sie fallen neben dem Glanz und der Fülle der Darstellung nicht ins Gewicht. So ist das Buch auch eine dichterische Gabe von eindringlichem Reize.

Dr. Wilhelm Volze.

Drei Tanzabende.

Tag Terpis, der Reifer und Reformator unseres Staatsballets, gab einen Solo-Abend im Blüthneraal. Sein Programm ist unter der Ueberfülle humoristischer Nummern. Was uns bedauerlicher war, als das Scherzhaftige und Burleske keineswegs auf der Linie seiner Begabung liegt, die ihren stärksten Ausdruck in den gehaltenen, schlicht-feierlichen Rhythmen einer „Pavane“ fand. Hier, im Formkreis des geschlechtslosen Heiligen, wirkte auch eine feminine Note am wenigsten störend, die sonst nicht selten peinlich fühlbar wurde. Schön war die dritte Programmnummer „Dagobah“ in dem sein nuancierenden Wechsel zart fließender und kraftvoll schwingender Bewegung. Alle Kompositionen trugen den Stempel der Wigman-Schule: sehr einfache, stets rein tänzerische Motive und ein vollkommen klarer, konsequent geschlossener Aufbau. Charakteristisch die Reizung, das Kunstmotiv im Schluß nochmals aufzulegen zu lassen. Starke Eindrücke blieben aus, das Ganze hielt sich auf achtbarer mittlerer Linie.

Am Tage darauf produzierte sich an derselben Stelle Eugenie Ewardowa mit ihrer Ballettschule. Sie selbst als Tänzerin ohne Bedeutung. Aber eine erfolgreiche Lehrmeisterin. Aus dem Schülerreigen hervorragend Ruth Marcus und Marianne Winkelftern. Beide artistisch vollendet, künstlerisch vornehm und von persönlicher Ausdrucksfähigkeit. Marianne in weichen und doch deutschen Konturen, Ruth scharf akzentuierend. Lieber den Stil, der hier gepflegt wird, den alten Balletstil, ist nichts mehr zu sagen. Er löst sich nicht zu neuem Leben erwecken. Der Reiz der Gemüts- und gelenklosen Gummipuppe ist kein künstlerischer Reiz. Wohlstand allein das Gefühl der Sicherheit: Sie alle haben etwas gelernt, sie beherrschen die Technik ihrer Kunst. Ein Gefühl, das man bei Tänzerinnen modernen Stils leider nicht immer hat. Die Bekanntheit aber ist schal und oberflächlich. Kostendruck, schöne Arabesken, die das Auge im Moment erfreuen, aber keine seelischen Eindrücke erzeugen, keinen Nachhall wecken, keine Bereicherung bringen.

Der interessanteste Abend der vorigen Woche war im Sturm, wo der taubstumme Tänzer Spiegel Crotchies vorführte. Indische, japanische, japanische und chinesische Maskentänze, Produkte einer fremden, hochentwickelten Kultur. Lebendige asiatische Gegenstücke zu verflochtenen europäischen Renaissancekünsten. Fingerpreisende präzise Grazie, stolzbeinig stolzierendes Pannoneglando, kultischer Rausch, gepenstliche Bizarrie. Einheitslicher, sehr strenger Stil. Der Stil indischer und chinesischer Plastik und Keramik. Gemisch von Nativität und Raffinement. Auch in größter Pantomime nie lächerlich, aber zuweilen rührend und in seinen seelischen Wir-

kungen noch lange tief nachklingen. Die kennzeichnendste Schöpfung der körperlich-musikalischen Kunst Asiens, den „bewegungsvollen“ Tanz, um dessen Reproduktion sich die Wigman vergebens bemüht hat, wagte freilich auch dieser Vermittler uns nicht zu zeigen. Schade. Es wäre lohnend, einmal festzustellen, wie unsere chronisch geprellten Nerven auf ihn, den Nirwana-Schlummer erzeugenden, reagieren.

John Schifowski.

Der Berliner Volkshor bot am Sonntag in der Hochschule für Musik seinen Freunden einen ausserordentlichen Genuss: Schuberth'sche, von unsagbarer Traurigkeit erfüllte „Winterreise“. Das Bild war dem Chor hold: er konnte keinen besseren Dolmetsch finden als Herrmann Scher, der diese Lieder mit großer Innigkeit und vollen Verständnis sang. Mit seinem Takt und großer Aufmerksamkeit begleitete ihn Michael Laube am Flügel. Die Zuhörer wurden oft zu stürmischen Beifall hingerissen. Das war nur zu berechtigt, denn gerade die Art, wie hier Schubert's Schöpfung wiedergegeben wurde, ließ begreifen, daß solche Lieder nur ein ganz Großer aus dem Reich der Töne vollenden konnte. Diese Darbietung schloß sich würdig an den Vortrag der „Mitterlieder“ an, die auf Veranlassung des Chors vor zwei Jahren am gleichen Ort gesungen wurden.

W. W.

Die reichsten und die ärmsten Länder. Nach einer Statistik, die in Belgien veröffentlicht wird, werden die reichsten Länder für das Jahr 1924 auf die folgenden Summen pro Kopf der Bevölkerung geschätzt: die Vereinigten Staaten mit rund 10 000 M., auf den Elfenbeinküste, Kuba mit rund 8000, England mit 7800, Kanada mit 7600, Neuseeland mit 6000, Uruguay ebenfalls mit 6000, Belgien mit 5400, Frankreich mit 4500, Argentinien mit 4000 M. und die Schweiz mit ebensoviel. Als die beiden ärmsten Länder werden China und Indien bezeichnet, wobei in China auf den Kopf der Bevölkerung 400 und in Indien rund 300 M. kommen. Deutschland und Rußland sind nicht angegeben, augenscheinlich, weil die Verhältnisse zu schwer zu übersehen sind.

Der Opernbau der Staatstheater ist am 22. Januar. Am 22. hielt das Opernhaus unter den Linden geschlossen.

Reise des Salomonischen Tempels entdeckt? Aus Jerusalem wird gemeldet: Bei Reparaturarbeiten an der Wölbung von Omar'schen Arbeiter auf eine alte Treppe, die vermutlich noch ein Überbleibsel des Salomonischen Tempels ist, der an derselben Stelle gefunden hat, wo sich jetzt die Moschee von Omar erhebt. Der Tempel wurde seinerzeit von Nebuchadnezzar zerstört, aber von Zedekiah und seinen Nachfolgern wieder aufgebaut, darauf beschriebenen Herstellungen ausgesetzt und endlich wieder von Herodes neu aufgebaut.

Keroschiffen in Rußland. Auf den Flüssen Wolga und Dnieper während des Winters ein regulärer Keroschiffverkehr eröffnet worden. Die belarischen Keroschiffen, die von Propellern angetrieben werden, enthalten zwölf Sitzplätze und erreichen bei der Fahrt auf dem Eise eine Stunden-Geschwindigkeit von 90 Kilometern.

Kühnheitige Voger. Im National Sporting Klub in London ist dieser Tage ein eigenartiger Vogel gezeigt worden. Aus Anlaß eines Wohlwollensfestes für die Kriegerkinder trat der achtjährige Marquis von Townshend mit einem gleichartigen Knaben aus dem Londoner Waisenhaus in den Ring.

14. Januar 1924 an den Reichsarbeitsminister, der ihm aber eine kräftige Abfuhr erteilte.

Herr von Schlieben hat nie viel vom Parlamentarismus gehalten. Er sitzt also gerade zu Recht in einem Kabinett, dessen Kanzler als Reichsfinanzminister seinem ehemaligen Ministerialdirektor und jetzigen Reichsfinanzminister in der Anwendung der parlamentarischen Formen gegenüber den Gewerkschaftsvertretern als immerhin nicht ganz unbeachtliche Faktoren der Wirtschaft den wirkungsvollsten Anschauungsunterricht erteilt hat.

Der neue Reichsfinanzminister tritt sein Amt in einer beneidenswerten Lage an. Als Ministerialdirektor trug er die Verantwortung für die Einführung der vierteljährlichen Gehaltszahlung, für den Personalabbau sowie für die Lohn- und Gehaltspolitik des Reiches. Als Reichsfinanzminister ist er — das muß ihm der Reid lassen — ein unbeschränkter Mann.

Der neue Reichsverkehrsminister.

Außer dem zum Reichsfinanzminister ernannten Ministerialdirektor Dr. v. Schlieben wurde Staatssekretär Dr. Krohne zum Reichsverkehrsminister ernannt.

Bewegungsfreiheit des Zentrums.

Die Abneigung des Rheinlands.

Köln, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt am Montagabend zu dem neuen Kabinett: „Das Kabinett ist frei, und die Parteien sind frei. Wir legen unsererseits auf diese Feststellung den entscheidenden Wert, weil wir jede Handlungs- und Bewegungsfreiheit haben können, ohne uns diesem Kabinett gegenüber nach objektiven und gerechten Urteilen abwartend einzustellen. Es schrecken die Spuren des Abwands und die Erfahrungen des Kabinetts Cuno... Wir verorten den Kurs der bisherigen Mitte und überlegen diesen Begriff dahin, daß in ihm die der Erledigung harrenden Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung, der steuerlichen Befestigung und der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung in Angriff genommen und gelöst werden nach dem Grundsatz der christlichsozialen Gerechtigkeit und des vollen Ausgleichs zwischen den arbeitenden und bestehenden Gruppen, in die das Volk zerfällt, daß nach außen hin keine Politik nationalischer Ueberheblichkeit und Habulstik und der Unbesonnenheit getrieben wird, sondern unter Wahrung der ganzen nationalen Ehre eine Politik der Wiederausführung der im Krieg auseinander gerissenen europäischen Völker zur Befriedung und Verständigung.“

Vollkommen unbekannt.

Köln, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von dem neuen Reichsjustizminister Frenken ist behauptet worden, daß er dem Zentrum nahestehe. Die die „Rheinische Volkszeitung“, das offizielle Kölner Zentrumblatt, am Montagabend mitteilt, ist es dem Blatte bisher vollkommen unbekannt gewesen, daß Herr Frenken dem Zentrum nahegestanden habe.

Luther und die Demokraten.

Die demokratische Reichstagsfraktion hielt nach Schluß der Plenarsitzung noch eine Fraktionsitzung ab, in der sie sich mit der Frage des Billigungsvotums beschäftigte. In der Fraktion schien eine starke Stimmung für ein Mißtrauensvotum vorzuherrschen, falls die kommende Debatte noch eine Verschärfung der Situation bringen würde. Voraussichtlich wird sich aber die Fraktion beim Billigungsvotum der Abstimmung enthalten.

Amnestiedebatte im Rechtsausschuß.

Absehung des sozialdemokratischen Amnestieantrages.

Im Rechtsausschuß des Landtages stand am Montag der kommunistische Amnestieantrag zur Beratung. Der Berichterstatter Goebel (Ztr.) stellte fest, daß ähnliche Anträge schon circa einige Dutzend Mal, allerdings in präzisierter Fassung, den vorigen Landtag beschäftigt hätten. Nach einer sehr verworrenen Begründungsgrede des Kommunisten Dbusch stellte der Redner der Sozialdemokratie fest, daß die kommunistischen Anträge derartig weitgehend und ungenau formuliert seien, daß in genauer Befolgung ihres Wortlautes sogar Verbrecher wie der Massenmörder Haarmann und der Menschenschläger Dente begnadigt werden müßten. In dieser Form seien die Anträge völlig unannehmbar. Die Sozialdemokraten brachten deswegen einen eigenen Amnestieantrag ein, der sich im wesentlichen an den Amnestieantrag der Reichstagsfraktion anlehnt. Der sozialdemokratische Redner wies ferner darauf hin, daß auf Grund des vorherigen sozialdemokratischen Amnestieantrages, der sich auf die Hungerunruhen im Jahre 1923 bezog, obwohl dieser Antrag nur in abgeschwächter Form seinerzeit angenommen war, laut Auskunft des Regierungsvertreters nicht weniger als 8471 Personen begnadigt worden sind. Dieses Beispiel zeige deutlich, wie die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den leeren kommunistischen Demonstrationsanträgen praktische Arbeit für die Verurteilten leistet.

Gegen Schluß der Debatte ergab sich noch eine sehr interessante Feststellung: auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Redners, wie es eigentlich mit den 7000 bis 8000 politischen Gefangenen stehe, von denen die Kommunisten fortwährend schrien, erwiderte der Vertreter des preussischen Justizministeriums, Ministerialrat Kuhn, daß sich in Preußen

allerhöchstens 500 kommunistische politische Gefangene

befänden. Danach scheint das Geschrei der Kommunisten von den 7000 nichts als ein großer politischer Bluff zu sein.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten, der sozialdemokratische Antrag von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Die Justiz rehabilitiert sich.

Der Fall des schlesischen Menschenklärters Dente, der ebenso wie Haarmann jahrelang ungeführt seine Wortreden verlesen konnte, hat manchen zu der Ansicht verführt, daß unsere Strafverfolgungsbehörden nicht auf der Höhe seien. Dem ist aber nicht so. Im Falle Dente hat die Justiz nunmehr zu einem entscheidenden Schlag ausgeschlagen. Dente allerdings hat sich durch Selbstmord der Strafe entzogen. Dafür aber lebt jener Handwerkerburtsche, an dem Dente seinen letzten mißlungenen Wortversuch gemacht und der durch seine Strafanträge den Stein ins Rollen gebracht hat. Dieser Handwerkerburtsche ist nunmehr zu einer mehrwöchigen Haftstrafe verurteilt worden, weil sich durch seine Anzettelung herausstellte, daß er bei Dente gebettet hatte. — Der Gerichtspräsident ist Genüge gesehen, der Bürger kann beruhigt schlafen...

Der Personalabbau. Dem Reichstag ist eine Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau zugegangen. Danach sind in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. Oktober 1924 insgesamt abgebaut worden: bei den Hofverwaltungen 10 081 Beamte, 27 224 Angestellte, 4789 Arbeiter; bei der Deutschen Reichspost einschließlich Reichsdruckerei 43 970 Beamte, 4728 Angestellte und 23 948 Arbeiter.

Amnestieforderung für das Rheinland.

Eine sozialdemokratische Anfrage im Reichstag.

Genosse Sollmann hat zusammen mit zahlreichen anderen Abgeordneten folgende Anfrage im Reichstag eingebracht:

Laut dem Artikel 7 des Abkommens vom 30. August 1924 zwischen den Alliierten Regierungen und Deutschland sollen alle Straftaten amnestiert werden, die in der Zeit zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den besetzten Gebieten ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen worden sind.

Infolgedessen sind alle separatistischen Landesverräter, Putzschisten, Mörder, Räuber, Kaufbolde, Spähbuben und Säbier von den deutschen Behörden amnestiert worden. Wesentlich ungünstiger werden von denselben deutschen Behörden diejenigen bestraft oder in Untersuchung gezogenen deutschen Staatsbürger behandelt, die nicht an separatistischen, also landesverräterischen, sondern an Unruhen beteiligt waren, deren tiefere Ursachen in der Not und der Zerrung liegen. Zahlreiche ungeweihte deutschgesinnte Männer und Frauen sitzen noch in den Gefängnissen, weil sie in der Verzweiflung der Inflation sich Ausschreitungen bei Demonstrationen haben zuschulden kommen lassen. Wenn sie dieselben Straftaten auf separatistischer Seite begangen hätten, wären sie längst begnadigt.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Köln vertritt in einem ihr vorgelegten Falle den Standpunkt, daß der Zusammenhang von Streitereien und Landfriedensbrüchen mit der Ruhrbesetzung und den Ricum-Verträgen nur unter besonderen Umständen geboten sei.

Große Teile der rheinischen Bevölkerung empfinden, obwohl sie die Wohltat der Amnestie auch für einige hundert Deutsche nicht bestreiten, die glatte Begnadigung der Separatisten und die kleinliche Handhabung der Amnestie gegenüber den Opfern deutscher Unruhen als eine Schmach und einen dem Geiste des Londoner Abkommens widersprechenden Zustand.

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt?

Was wird sie tun, um die deutschen Volksgenossen mindestens ebenso gerecht zu behandeln wie die separatistischen Landesverräter?

Der Schwiegersohn.

Verhaftungen und Freilassungen aus der Wohnstätten G. m. b. H.

Die Wohnstätten G. m. b. H., eine gemeinnützige Gesellschaft mit dem Ziele, Beamtenwohnhäuser zu bauen, hat aus öffentlichen Mitteln, die ihr zur Verfügung gestellt worden, Kredite an eine Filmgesellschaft weitergegeben.

Deshalb sind, wie schon berichtet, die beiden Direktoren und mehrere hohe Beamte, die als Aufsichtsräte beteiligt waren, festgenommen, bis in die Nacht hinein verhört und dann wieder entlassen. Die ganzen Bücher und Geschäftspapiere sind beschlagnahmt und werden geprüft.

Unter den Beschuldigten befindet sich auch der Regierungsrat a. D. Friedrich Wenzel, Schwiegersohn des jetzigen deutschen nationalen Reichsministers des Innern!

Ob gegen ihn eine strafbare oder moralisch ansehbare Handlung erwiesen werden kann, wissen wir heute so wenig, wie irgend jemand sonst. Darüber mag die Staatsanwaltschaft sich äußern. Aber selbst wenn ein solcher Nachweis möglich wäre, würde es auf der Hand liegen, daß der Schwiegervater für die Handlungen des Schwiegersohnes nicht ohne weiteres verantwortlich zu machen ist. Nur politische Kinder könnten Herrn Schiele beschuldigen, weil Herr Wenzel in seine Familie geheiratet hat.

Das ist ein ganz klarer Standpunkt, der eigentlich für jedermann gelten sollte. Aber es ist nicht immer so. Mit Recht sagt das „Berliner Tageblatt“ in dieser Sache:

„Man kann sich ungefähr denken, welches Triumphgeschrei die deutschnationalen und die deutschvölkische Presse erheben würden, wenn der Schwiegersohn eines republikanischen Ministers in eine solche Skandalaffäre verwickelt wäre. Man erinnert sich an die freivolten Erfindungen, die gegen den Schwiegersohn des Reichspräsidenten in Gang gesetzt wurden, lediglich um den Reichspräsidenten herabzusetzen. Selbstverständlich machen wir diese schmutzige Art persönlicher Polemik nicht mit.“

Wir könnten noch daran erinnern, mit welcher Bosheit die reaktionäre Presse den Sohn des Reichspräsidenten verdächtigt, um in ihm den Vater zu treffen...

Wir machen das nicht nach. Aber vielleicht lernt die deutschnationalen Presse, sich nachträglich zu schämen, seit der Reichsinnenminister Schiele heißt!

Ludendorff und Rupprecht.

Immer noch kein Friede.

München, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) General Ludendorff ist über die Veröffentlichung seines Briefes, in dem er dem früheren Kronprinzen Rupprecht Abbitte zu leisten suchte, aufs höchste erost und erklärt infolgedessen eine neue Erklärung: „Der Bevollmächtigte Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Bayern, Graf Lörring-Zettenbach, und mein Bevollmächtigtter, General Hildebrandt hatten vereinbart, daß die Verhandlung in meinem Konflikt mit dem Kronprinzen auf Grund meines Briefes vom 7. Dezember als streng vertraulich zu behandeln wären und über den Inhalt der Verhandlungen keinerlei Veröffentlichungen stattfinden dürften. Trotz dieser Abmachungen in einem Ehrenverfahren hat die Gegenpartei eine Darstellung über den Abbruch der Verhandlungen gegeben, die irreführend und unrichtig ist. Gegenforderung stand gegen Gegenforderung. Mein Handeln habe ich in meiner Veröffentlichung des Briefes vom 7. Dezember und der daran anschließenden Rundgebung wohl hinreichend klargestellt.“

Preussische Verwaltungsfragen.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreislandtagsgesetzes vorgelegt, in dem das Wahlverfahren für die Provinziallandtage und die Kreislandtage neu geregelt ist. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß die Provinziallandtage und Kreislandtage, deren Wahlzeit im allgemeinen mit Ende Februar ablaufen würde, erst nach Verabschiedung des Gesetzes auf Grund des neuen Wahlrechts neu gewählt werden und daß bis zur Neuwahl ihre Wahlperiode fort dauert.

Außerdem ist dem Staatsrat ein Gesetzentwurf zur Vereinigung der Verwaltung der den Hohenzollern gehörenden Länder zugegangen. Danach werden der Oberamtsbezirk Halgerloh und drei Gemeinden des Oberamtsbezirks Gammertingen mit dem Oberamtsbezirk Hechingen vereinigt. Für die Oberamtsbezirke wird die Bezeichnung „Kreis“ entsprechend „Kreisstag“, „Kreisversammlung“ bzw. „Landrat“ eingeführt. Dadurch soll für die im Jahre 1850 mit 70 795 Einwohner zählten, ein praktisch bereits bestehender Zustand gesetzlich geregelt werden. Der Kreis Sigmaringen wird in Zukunft 697 Quadratkilometer mit 33 551 Einwohnern und 73 Gemeinden, der Kreis Hechingen 445 Quadratkilometer mit 37 244 Einwohnern in 50 Gemeinden umfassen.

Trotski kaltgestellt.

Verwarnt, des Amtes enthoben, mit Ausschluß bedroht!

Die offizielle russische Telegraphenagentur versendet aus Moskau einen längeren Bericht, in dem die Absetzung Trotskis von seinen Ämtern gemeldet wird. In der Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei Russlands wurde der Fall Trotski eingehend behandelt und im Sinne seiner schleunigsten Enthebung vom Amte als Vorsitzender des revolutionären Kriegsrates, d. h. als Volkskommissar für Krieg und Marine erforderlich. Hierauf beschloß das Zentralkomitee mit allen gegen zwei Stimmen und die Zentralkontrollkommission einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen:

1. Trotski eine kategorische Verwarnung zu erteilen unter dem Hinweis, daß die Einhaltung der Parteidisziplin nicht nur in Worten, sondern auch in Taten notwendig sei;
2. Trotski seines Amtes zu entheben und seine weitere Arbeit im revolutionären Kriegsrat als unmöglich zu erklären, da die Führung der Armee die Unterstützung durch die Autorität der Gesamtpartei erfordere, und in Anbetracht auf die Erklärungen Trotskis über die Notwendigkeit seiner Amtsenthebung;
3. die Entscheidung über die Frage der weiteren Arbeit Trotskis im Zentralkomitee bis zum nächsten Parteitag zu verschieben;
4. die Diskussion hiermit als geschlossen zu betrachten.

In der Begründung dieses Urteils, durch das Trotski politisch erledigt wird, heißt es, daß das wiederholte Auftreten Trotskis gegen den Bolschewismus die kommunistische Partei dazu zwingt, ein für allemal mit einem solchen Auftreten Schluß zu machen. Im übrigen habe Trotski in seinem Schreiben weder Fehler zugegeben noch seine antibolschewistische Stellung verlassen, sondern sich lediglich auf im Ausdruck formaler Logikität beschränkt.

Soweit der offiziöse russische Bericht, den wir in seinen wesentlichsten Teilen wiedergeben. Er zeigt erneut, in wie brutaler Weise das regierende Triumvirat Stalin-Ginomsjew-Kamenew und die von ihm beherrschte kommunistische Führerclique gegen Personen vorgeht, die in irgendwelchen Fragen eine abweichende Meinung vertreten. Daß Trotski, der nächste Mitarbeiter Lenins und der Schöpfer der Roten Armee, jetzt sang- und klanglos von seinen Ämtern entfernt und in Acht und Bann getan werden kann, ist ein Beweis für die ungeheuerliche Entartung, die die bolschewistische Diktatur in Rußland angenommen hat. Um das Vorgehen gegen Trotski zu bemängeln, wird auf seine angebliche Erklärung Bezug genommen, daß er seine schleunige Amtsenthebung als erforderlich betrachte. Wir zweifeln daran, daß Trotski wirklich eine solche Erklärung abgegeben habe, da sie dem gesamten Inhalt seines Schreibens widersprechen würde. Wir glauben vielmehr, daß es sich hier um eines der üblichen Moskauer Schwindelmannöver handelt, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Im übrigen macht die Erklärung der kommunistischen Instanzen, daß durch ihren Beschluß der Fall Trotski endgültig erledigt sei, einen etwas lächerlichen Eindruck. Laut Dekret wird sich jedenfalls der „Fall Trotski“ nicht aus der Welt schaffen lassen. Er wird vielmehr für die weitere politische Entwicklung Rußlands von sehr erster Bedeutung sein.

Frankreichs Gegenvorschläge.

Paris, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen hat nach der letzten Vollversammlung mit der deutschen Delegation neue schriftliche Vorschläge überreicht, die noch von deutscher Seite geprüft werden. Ueber den Inhalt dieser Vorschläge werden von französischer Seite folgende Mitteilungen gemacht: Die französische Regierung erklärt sich darin bereit, Deutschland für seine erste Serie von Artikeln die gegenwärtig in Geltung befindlichen Minimaltarife zu gewähren. Für eine zweite Serie von Waren soll der gleiche Tarif zugestanden werden, jedoch mit der Einschränkung, daß die Einfuhrmengen einer Kontingentierung unterworfen werden. Für eine dritte Liste deutscher Produkte, für die Frankreich den gegenwärtigen Minimaltarif aus Konkurrenzrücksichten nicht zu gewähren in der Lage sei, erklärt sich die französische Regierung bereit, zusammen mit der deutschen Delegation die künftigen Zollsätze zu beraten und dann deren gesetzliche Festlegung durch das Parlament in einem Dringlichkeitsantrag zu fordern. Für eine vierte Serie deutscher Artikel endlich sollen Zwischenfälle zwischen dem Minimal- und dem Maximaltarif gefunden werden, die angeblich erheblich unter den Sähen liegen sollen, wie sie in den Verträgen mit anderen Ländern festgelegt worden seien. Alle diese Vorschläge sollen für die Dauer des Provisoriums gelten, das nach der Absicht der französischen Delegation etwa bis Ende des Jahres in Kraft bleiben soll. Inzwischen soll das französische Parlament freie Hand behalten, den gesamten französischen Zolltarif nach den in der bereits eingebrachten Vorlage vorgesehenen Sähen abzuändern. Dieser neue Tarif würde dann die Grundlage für die späteren Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag bilden. Frankreich erklärt sich ferner bereit, einestanden, daß die ihm von Deutschland ursprünglich angebotene Meißbegünstigung insoweit eingeschränkt wird, daß ein Gleichgewicht zwischen den von beiden Seiten zu gewährenden Konzessionen und Vorteilen erzielt wird.

Protestbewegung gegen Schutzolltendenzen in Belgien.

Brüssel, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen die schutzollnerischen Bestrebungen der Regierung macht sich endlich eine ernsthafte Bewegung in weitesten Kreisen des belgischen Volkes bemerkbar. Am Schutzoll erblickt man allmählich die Hauptursache für die fortgeschrittene Steigerung der Lebenshaltung. Mehrere Zeitungen verschiedener Parteirichtung haben in diesem Sinne einen Presseselbstzug begonnen. Es besteht der Plan, eine überparteiliche Freihandels-Liga zu gründen, die der traditionellen Zollpolitik Belgiens wieder zum Ziele verhilft. Am Montag hat in Antwerpen eine große Versammlung von Importeuren und Kaufleuten aus allen Teilen Belgiens gegen den Zollkrieg mit Spanien protestiert. Die besonders starke Orangeneinfuhr ist infolge der Erhöhung der Einfuhrzölle von 18 Frank auf zuerst 27 und jetzt sogar auf 81 Frank für 100 Kilogramm vom völligen Ruin bedroht. Die Einfuhr ist bereits auf ein Drittel zurückgegangen. Die Preise steigen täglich. Die Zollpolitik dürfte infolgedessen im kommenden Wahlkampf eine hervorragende Rolle spielen.

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen der Bergarbeiter.

Bochum, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit: Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet hatte zum Sonntag nach Bochum eine Vertreterkonferenz einberufen. Ueber 200 Vertreter waren anwesend. Aktuelle sozialpolitische Fragen standen zur Verhandlung. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Für die Tagearbeiter gilt grundsätzlich die achtstündige und für die unter Tag beschäftigten Arbeiter die siebenstündige Schichtzeit. Wirtschaftlich notwendige, im Interesse der Allgemeinheit liegende Heberarbeit ist von den Organisationen zu vereinbaren. Darüber hinaus ist jede Heberarbeit abzulehnen. Der tariflich festgelegte Lohn wird manchen Gruppen von Tagearbeitern monatlich vorenthalten. Die zur Regelung dieser Streitfrage eingesetzte Schiedsstelle beim Oberbergamt hält wöchentlich nur eine Sitzung ab. Die eingereichte Klage sache harri monatlich ihrer Erledigung. Das entspricht nicht den Dringlichkeiten der Streitfragen. In den durchgehenden Betrieben (Kohlezeilen, Kohlendestillation, Breittischfabrikation, Kessel- und Maschinenbetrieben) sowie in den Betrieben, in denen während des Krieges und vorher weniger als zehn Stunden gearbeitet worden ist, ist das Dreischichtensystem bzw. die achtstündige Schichtarbeit am 1. März 1925 wieder einzuführen. Von dem Reichsarbeitsminister erwartet die alsbaldige Verabschiedung der Ausführungsbestimmungen zu § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 in dem vom Bergarbeiterverband geforderten Ausmaße. Diejenigen Zechen, die den Arbeitern ganz oder teilweise die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnhöhung von 8 oder 9 Proz. verweigern, handeln tarifswidrig. Das gleiche trifft zu für die Zechenverwaltungen, die den Arbeitern, vornehmlich den Invaliden, deren Arbeitskraft nicht beeinträchtigt ist, Lohnabzüge bis zu 1,60 M. und darüber machen. Die Konferenz stellt fest, daß die Unternehmer mit den stärksten Mitteln vorgehen. Die Invaliden werden unter Androhung der Kündigung veranlaßt, Reverse zu unterschreiben, daß sie billiger arbeiten wollen. Das ist zum mindesten ein Verstoß gegen die guten Sitten. Die Stilllegung einer Anzahl Zechen, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit, vom privatrechtlichen Standpunkt aus, ist eine unbillige Maßnahme.“

Die Konferenz nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß das Reichsarbeitsministerium nur unter der Voraussetzung bestrebt ist, einen Teil der unrechtmäßig abgezehrten Mehrleistung der Krankenversicherung der Bergarbeitern wieder zu verschaffen, wenn die verschärften Vertreter dem Abbau eines Teiles der Leistung der Pensionsversicherung zustimmen. Auf einen solchen Handel können sich die Bergarbeiter nicht einlassen. Sie verlangen die Wiedergewährung der abgebauten Mehrleistung auch ohne Minderung der Pensionsleistungen. Das Gehalt der Unternehmer über die Höhe der Leistungen durch das Reichs-Knappschafts-gesetz ist unzureichend. Das Reichsarbeitsministerium selbst hat festgestellt, daß die Belastung im Jahre 1924 nicht 225 Millionen Mark, wie es die Unternehmer dargestellt haben, beträgt, sondern nur 86 Millionen Mark. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets erwarten vom Reichstag, daß er ihnen die Familienbeihilfe auf gleichem Wege verschafft.

Den Betriebsräten, die für die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Zechenverwaltungen auf dem Gebiete der Verhütung der Unfallgefahren nachdrücklich eintreten, werden von den Zechenverwaltungen die größten Schwierigkeiten gemacht. Den Zechenverwaltungen sind die Betriebsräte unangenehme Mahner. Die seit Jahren übliche Praxis, daß die Reviere zugleich als Fahrabteilungen gelten, wird von den Zechen eindeutig als nicht mehr bestehend bezeichnet. Es werden mehrere Reviere zu einer Fahrabteilung zusammengelagert, und diese Fahrabteilungen sollen in kürzerer Zeit als bisher üblich befahren werden. Auf diese Weise werden die Betriebsräte in dem ihnen obliegenden Aufgabengebiet (Verhütung von Unfallgefahren) sehr beeinträchtigt. Dieses Verhalten der Unternehmer ist dazu an-gesetzt, die Unfallgefahren zu fördern. Die Konferenz fordert, daß die Bergbehörden dem entgegentritt. Von den Betriebs-räten fordert die Konferenz, daß sie, wie bisher, energisch ihre Pflicht erfüllen.“

Kommunistische Bauernfängererei.

Von einem Arbeiterkorrespondenten.

Das Eisenbahnwerk Tempelhof scheint der letzte Strohhalm der kommunistischen Partei bei den Eisenbahnern zu sein. Darauf läßt nämlich ihre Anbiederung an die dortige Belegschaft schließen. An zwei Tagen prangten in der „Roten Fahne“ die Einladungen zur Betriebsversammlung des Eisenbahnwerks Tempelhof, und als Thema wurde bekanntgegeben: „Die politische Lage“, und als Referent Diemar Geisler. Auf den Einladungen des Betriebsrats im Werk fand man dieses Thema nicht, sondern da sprach man von einem Referat über das Gedingeverfahren. Also offenbar suchte man im Werk einen starken Versammlungsbefehl durch Besprechung der äußerst breienden Gedingefrage zu erreichen, und die Kommunisten wollten dann noch Moskowiter Art in der Versammlung ihr Süpplein lachen. Aber dem Betriebsratsvorsitzenden ist die Sache doch wohl zu krenschig geworden, und er hat wohl seinen Parteifreunden geraten, „so'n Ding lieber nicht zu drehen“. Und der Betriebsrat sah die Dinge richtiger als die Parteibonzen: ein Aufziehen der Versammlung nach dem Vorhaben der „Roten Fahne“ hätte ihm sicher das Genick gebrochen.

So wurde nun aus der Betriebsversammlung eine Zusammenkunft der Belegschaft, die gewillt war, sachliche Arbeit zu leisten und den Abwehrkampf gegen die Ausbeutermethoden im Eisenbahnausbesserungswerk unter Führung des DGB aufzunehmen. Denn das war das Bezeichnende in der Versammlung, daß nur die Kollegen des DGB und einer vom Metallarbeiterverband den Mut ausbrachten, gegen die Verwaltung offen anzukämpfen, die anderen trauten sich so viel Kraft nicht zu.

Die stundenlangen Ausführungen über die Mängel im Betrieb und deren Abstellung behagten augenscheinlich einigen Kommunisten nicht. Als die Zeiger der Uhr nach 10 zeigten, wurden sie immer unruhiger und ihre Gesichter immer länger. Diese Symptome nahmen zu, als weitere Viertelstunden verriamen, ein Zeichen, daß sie noch einen „Auftrag“ zu erledigen hatten.

Und richtig! Als der Betriebsratsvorsitzende die Tagesordnung als erschöpft bezeichnete, lag mit einemmal noch der „vorgeschriebene Antrag“ an das Reichstagspräsidium wegen Freilassung der

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

7000 Befürworter vor. Es lief dazu gleich ein Abänderungsantrag ein, der die Befreiung der wegen politischer Vergehen gefangenen Proletarier in allen Ländern fordert. Das ging den Deutschen gegen den Strich, und es entstand die vorschriftsmäßige „Empörung“. Während der Vorstehende sich um eine Abstimmung des Zusatzantrages herumdrücken wollte, verjagte der junge Mann aus dem Laden des DGB unter Anrufung von Purcell, Timmen und mer weiß noch wem, zu beweisen, daß es in Rußland keine politischen Gefangenen gibt. Und nun der Effekt! Ganze

33 Stimmen

von der fast 3000 Mann starken Belegschaft des DGB Tempelhof stellten sich hinter die Tagesparole der kommunistischen Partei. Also auch hier ein ganz glatter Zusammenbruch der Phrasologie und ein Anzeichen gewerkschaftlicher Befundung der Tempelhofer Belegschaft. Die ganz erbärmlichen Arbeitsverhältnisse in Tempelhof sind schon sprichwörtlich. Daß es soweit kommen konnte, lag an dem Vortradikalismus der DGB-Helden. Wie sie zum Vorteil geändert werden können, hat die Betriebsversammlung erbracht: durch manhaftes Verhalten des einzelnen Kollegen und restlosen Zusammenschluß im

Deutschen Eisenbahnerverband!

Jahresversammlung des DGB.

Der Geschäftsbericht, den am Freitag abend in der Jahres-versammlung des Zentralverbandes der Angestellten der erste Vorsitzende, Genosse Gottsfrucht, gab, zeigte ein Bild erfreulicher Aufwärtsentwicklung der Verwaltungsstelle. Nach den Mitteilungen des Berichterstatters ist die seinerzeit gegründete „Freie Angestellten-Gewerkschaft“ mittlerweile laant entschlossen. Sie stellte eine unerfreuliche Begleiterklärung der inneren und äußeren Kämpfe der Arbeiterbewegung dar. Nur ein Teil ihrer Mitglieder ist zum DGB zurückgekehrt; den Rest nahm das große Heer der Unorganisierten auf.

Das Eingeständnis der Gewerkschaftszentrale der SPD, daß ihre Fraktion im DGB so gut wie verschwunden ist, zeigte sich auch in der Generalversammlung darin, daß die SPD nicht einmal eine einzige Vorschlagsliste für einen Delegierten zustande bekommen hat. In der Verwaltungsstelle selbst treten kommunistische Mitglieder nur in verschwindendem Umfange hervor, sie finden bei der Mitgliedschaft keinen Resonanzboden mehr. Der Funktionärkörper des Verbandes ist in sehr guter Verfassung, es stellen sich immer eine erfreuliche Anzahl Mitglieder in den ehrenamtlichen Dienst des Verbandes.

Das Bildungswesen ist der Gewerkschaftsschule angegliedert. Von den vielen Kursen, die veranstaltet wurden, sind nur zwei infolge schlechter Beteiligung eingegangen. Einen Teil des Bildungswesens stellt auch die Zeitschriftenliteratur, die vom Hauptvorstand herausgegeben wird, dar. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß gerade die Zeitschriften einen größeren Abonnentenerlös vertragen könnten. Seit Oktober d. J. erscheint das Verbandsorgan wieder in einer Extraausgabe für die Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Es war der Inflationszeit ein Jahr lang zum Opfer gefallen, ist jetzt aber wieder ein wichtiges Bindeglied zwischen Ortsverwaltung und Mitgliedschaft. Das Versammlungswesen zeigte zum größten Teil eine starke Beteiligung durch die Mitglieder. Für die Jugendabteilung wurden beschreibende Vorträge, Spielabende, Ferienfahrten und auch eine großangelegte Weihnachtsfeier veranstaltet. Den Ausbau der Fürsorge für die jugendlichen Mitglieder betrachtete die Ortsverwaltung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Die Ortsverwaltung hat in ihren Sitzungen während des

Jahres eine große Anzahl wichtiger Arbeiten durchführen müssen, unter denen die Personalangelegenheiten der Bureauverwaltung wohl die unangenehmsten waren. Die Beschlüsse der Ortsverwaltung wurden, wenn auch nicht immer einstimmig, so doch in kollegialer Zusammenarbeit gefaßt.

Einen großen Raum der Verbandstätigkeit nahm die Tarifpolitik ein. Allein für die Fachgruppe Textil bestehen 15 Einzeltarifverträge, die Fachgruppe Nahrungs- und Gastwirtschaften hat ebenfalls 15 Tarifverträge abgeschlossen, während in den Fachgruppen Metall, Papier und Reich-Gemeinden 10 resp. 9 Tarifverträge bestehen. Der Abschluß dieser Tarifverträge war bei der zeitigen Einstellung der Unternehmer nicht immer leicht. Dazu kam, daß die bürgerlichen Angestelltenverbände eine Tarifpolitik trieben, die bedinglich dem Mitgliederfang diente. Gottsfrucht schloß seinen Bericht mit einem Nachruf für das verlorbene Mitglied des Hauptvorstandes Böhmel und mit einem Dank an alle nicht-beamteten Mitarbeiter der Ortsverwaltung.

Den Kassenericht gab Wegland. Die Finanzverhältnisse der Verwaltungsstelle hatten selbstverständlich sehr unter den Nachwirkungen der Inflationszeit zu leiden. An den steigenden Ausgaben für Agitation und Lohnbewegungen ist aber trotzdem eine gute Aufwärtsentwicklung festzustellen.

Die Generalversammlung stimmte in ihrem weiteren Verlauf einem vorliegenden Entwurf eines abgeänderten Ortsstatuts ohne Diskussion einstimmig zu. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die einmütige Wiederwahl von Gottsfrucht als beamteten ersten Vorsitzenden und von Fink als ehrenamtlichen zweiten Vorsitzenden; Wegland wurde zum Kassierer ebenfalls wiedergewählt. Auch die Wahlen der anderen Mitglieder zur Ortsverwaltung erfolgten ohne die sonst gewohnte „Opposition“ der Postanhänger.

Wie Gottsfrucht in seinem Schlußwort feststellen konnte, hat die Jahresgeneralversammlung die Grundlage für weitere gedeihliche Arbeit in voller Einmütigkeit geschaffen. Auch für den DGB in Berlin sind die Zeiten der Inflation und der Bruderkämpfe endgültig vorbei.

Verstärkter Kampf in den Bauhloßereien.

Der Streik, der in den 10 größten Betrieben des Bauhloßergewerbes in Berlin am Donnerstag voriger Woche ausbrach, ist durch den einstimmigen Beschluß einer Branchenvollversammlung gestern abend dahingehend erweitert worden, daß in allen weiteren Betrieben, in denen heute, Dienstag früh, die Forderung nach 1 M. Stundenlohn in der Spitze nicht bewilligt wird, sofort die Arbeit einzustellen ist. Wo die Gefahr besteht, daß Streikarbeit angefertigt werden soll, ist die Arbeit unter allen Umständen einzustellen.

Die Streikleitung und die Branchenkommission ersuchen alle Bauarbeiter, etwa auf den Bauten arbeitende Bauhloßler nach einer Arbeitsbescheinigung zu fragen. Nur die Bauhloßler sind zur Arbeitsleistung berechtigt, die im Besitze einer vom Deutschen Metallarbeiterverband ausgestellten Legitimationskarte sind.

Einigung im Rohlinggroßhandel.

Um die unmittelbar bevorstehende Arbeitsniederlegung im Rohlinggroßhandel wenn irgend möglich zu vermeiden, beriet der Schlichter von Berlin zu gestern nachmittags nochmals die Parteien zu sich. Nach langen Verhandlungen erklärten sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmervertreter schließlich bereit, einem vom Schlichter für Berlin zu fallenden Schiedsspruch sich zu unterwerfen. Der darauf gefällte Schiedsspruch erhöht den Stundenlohn der ständigen Rohlingarbeiter von 79 auf 82 Pf. ab 16. Januar. Ab 3. April tritt eine weitere Erhöhung auf 84 Pf. in Kraft. Die Lohnhöhe der übrigen Arbeiterklasse erhöhen sich im gleichen Prozentsatz. Das Abkommen ist zum 30. April erstmalig kündbar. Damit ist der Konflikt noch in letzter Stunde beigelegt.

Angestellte der Berliner Metallindustrie!

In der gestrigen Schlußverhandlung ist der neue Rahmen-tarifvertrag von allen beteiligten Anarbeitsstellenorganisationen und dem Verband Berliner Metallindustrieller unterzeichnet worden. Die Drucklegung des Tarifvertrages ist beabsichtigt, weitere Nachrichten folgen nach Fertigstellung.

AfA-Metallartell: Günther, Lange, Rothe.

Berliner Gewerkschaftskommission, Unterkommission Köpenick.

16. Dezbr. Donnerstag, den 22. abends 7 1/2 Uhr. Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, bei Stuyveski, Schönertkinder Str. 5. Aktuelle Wirtschaftsprobleme. Referent Gen. Kfermann. Freie Ausdrucks, Geschäftliche Mitteilungen.

Bericht der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sektion Gesundheitswesen: Mittwoch, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Saal von Herrn Heberle 29. Beschlüsse aller im Bezirk wohnenden Mitglieder. Tarifanträge: Beschlüsse aller im Bezirk wohnenden Mitglieder. Politisches und rührliches Gedenken der Reichsleitung. Bericht des Sektions-Staatsbetriebs: Donnerstag, den 22. Januar, abends 6 Uhr, im Saal von Hebermann, Wahrenstraße 19. Beschlüsse aller Gemeinde- und Staatsarbeiter, die im Bezirk des 2. Verwaltungsbezirks wohnen. Vortrag: Wahl der Reichsleitung. Beschlüsse. Erheben aller Kolleginnen und Kollegen ist Pflicht.

Besamtung für Politik: Carl Hecker, Wilhelm: Walter Saterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Reichsleitung: R. B. Wöhrer; Cafeteria und Konfirmit: Fritz Kerkhoff; Angewandte: H. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Rudolf-Verlag und Verlagsanstalt West-Sinnig u. Co., Berlin SW, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 9296. Säle frei!

Die große Woche

Mehrere 1000 Paar erstkl. braune, schwarze Schuhe u. Stiefel für Damen u. Herren durchweg beste Rahmenarbeit mit kleinen, kaum sichtbaren Schönheitsfehlern, bieten eine nie wiederkehrende billige Einkaufsgelegenheit

12⁵⁰

Damen-Schnür- u. -Spangenschuhe aufecht. Rand genäht, in Lack 12 ⁵⁰ u. schwarz u. braun Box calf	Damen-Lackbesatz-Hochschaffstiefel erstklassige Rahmenarbeit 12 ⁵⁰
Herren-Schnürstiefel mod. runde Form, echte Zwil schens, Goody.-Welt, 40-43 12 ⁵⁰	Herren-Schnürschuhe braun Box calf, Goodyear Welt 12 ⁵⁰
Herren-Schnürstiefel schwz. R. Box u. Box, bequem Form, Goodyear-Welt, 39-44 12 ⁵⁰	Herren-Schnürschuhe braun, echt Chevreau, Goodyear-Welt, eleg. spitze Form 12 ⁵⁰

Leiser HAG

Alleinverkauf der altbewährten **Dr. DIEHL-STIEFEL**
Ein Stiefel, der nicht drückt, ein Stiefel, der beglückt



Die kurze Zeit der Stabilisierung hat die Lebensmittelversorgung der Großstädte auf einen Stand gebracht, der sie in die Lage versetzt, ihre Bedürfnisse nach jeder Richtung hin befriedigen zu können, wenn die Einkommensverhältnisse der Verbraucherschaft dies gestatten. Auf vielen Gebieten des Lebensmittelmarktes ist heute ein so starkes Ueberangebot an Waren vorhanden, daß bei der geringen Kaufkraft der Massen der Absatz bereits staut. Besonders schlimm äußert sich diese Stauung gegenwärtig in der Milchversorgung. Vor Jahren erscholl der Ruf der Berliner Milchversorgungsagenturen nach mehr Milch, waren doch die Quantitäten, die in Berlin eingeführt wurden, nicht im geringsten dazu geeignet, auch nur das allergeringste Bedürfnis zu stillen. Bis in die erste Zeit der Stabilisierung hinein fehlten Berlin etwa 50 Proz. der Gesamtmilchmenge täglich am Notquantum. Die Stabilisierung hat auch hier eine gründliche Umstellung vorgenommen, und es läßt sich jetzt feststellen, daß täglich 600 000 bis 650 000 Liter Milch an das Absatzgebiet Berlin geliefert werden gegen 200 000 Liter in der niedrigsten Inflationszeit. Um so beklagenswerter ist die Tatsache, daß für die jetzt gelieferten Milchmengen kein Absatz gefunden werden kann. Es trifft zu, daß nicht abgesetzte Milchmengen oft in erheblicher Maße in die Kanalisation gegossen werden, weil auch der Absatz der Nebenprodukte, Käse, Butter usw., nicht die notwendigen Käufer findet.

Der Milchstrom.

Daß sich die Nachfrage nach Milch, dieses wichtigste Ernährungsprodukt, so stark entwickelt, daß der Ueberdruck vermindert werden muß? Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß der Absatz von etwa 25 Proz. der Gesamtlieferungsmenge, das wären 150 000 bis 200 000 Liter pro Tag, keine Käufer finden. Eine völlige Umstellung nähmen die Provinzialmolkereien vor. Sie konnten seit der Stabilisierung ihre Produktionsfähigkeit um 40 bis 50 Proz. steigern. Sie überschmenen Berlin förmlich mit Milch, ohne sich Sorge darüber zu machen, ob bei dem gegenwärtigen Milchpreiskonstand volle Kaufmöglichkeiten gegeben sind. Die Preispolitik der Milchproduzenten, die bisher ein Nachlassen der Milchpreise zu verhindern suchte, hat es zumege gebracht, daß eine Krise in der Milchbewirtschaftung eingetreten ist, gegen die öffentlich aufzutreten einfach billiger ist. Was soll man sagen, wenn an einzelnen Tagen 200 000 Liter Vollmilch nicht abgesetzt werden können? Kennen denn diese Herren die körperliche Beschaffenheit unserer Schul- oder nicht? Und was tun die Behörden? Bileicht wird der eine oder andere hier einwenden: Nicht abgesetzte Milch wird ja zu Nebenprodukten

verarbeitet, die in ihrem Nährwert nicht viel geringer sind. Der Absatz dieser Nebenprodukte hängt aber auch von der Kaufkraft der breiten Massen ab. Und hier wird, wie in jedem anderen Großbetrieb, Angebot und Nachfrage nach bestimmten Gesetzen geregelt. Die Herstellung von Käse hat einen starken Rückgang erlitten, weil hier noch bestimmte Käsearten seit dem letzten Sommer unterkaut liegen. Die hohen Betriebskosten lohnen eine weitere Verarbeitung nicht, und so muß denn die Milch anstatt in den Wagen ernährungsbedürftiger Kinder zu wandern, den entgegengesetzten Weg einschlagen.

„Nicht absehbar“!

Die Berliner Milchlieferungs-Gesellschaft, die für Berlin die Lizenz der Versorgung übertragen ist, hat sich genötigt gesehen, die nicht absetzbare Milch Stadtsäuglingsheimen und ähnlichen gemeinnützigen Anstalten mit 3 Pf. pro Liter anzubieten. Man sollte meinen, daß ein solches Angebot mit offenen Armen aufgenommen und an die Kreise gebracht wird, die Milch sonst nur als Luxusartikel kennen, um dadurch den Gesundheitszustand unserer Jugend heben zu helfen. Auch hier Fehlschlag auf der ganzen Linie. Nur in geringem Maße wurde von diesem Angebot Gebrauch gemacht, so daß die Gesellschaft noch weiter ging und den rein gemeinnützigen Anstalten Milch in beliebigen Mengen unentgeltlich zur Verfügung stellte. Man weiß nun nicht, ob die betreffenden Anstalten sich über ihren gemeinnützigen Charakter im klaren befinden oder ob sie tatsächlich keine Verwendung für die ihnen unentgeltlich angebotene Milchmengen halten, kurz, die Abnahme ließ auch hier zu wünschen übrig. Was kümmert das den Landbund. Was sagt die Landwirtschaftskammer zu diesen Standeslosigkeiten? Kann eine gemeinnützige Körperschaft es verantworten, ihr unentgeltlich angebotene Milch zurückzunehmen? Warum hat man die Zentralfabrik für Arbeiterwohlfahrt bisher nicht davon in Kenntnis gesetzt? Sie würde gewiß hinreichende Verwendung für überschüssige Milch in Mülle und Fülle gehabt haben.

Die Öffentlichkeit kann verlangen, daß die zuständigen Spitzenorganisationen diesen Dingen einmal ernstlich nachgehen. Zwar wissen auch wir, daß die Milchproduzenten infolge des laufenden Vertrages mit der Berliner Milchproduktionsgesellschaft nicht so schnell gefonnen sind, von ihren vertraglichen Rechten zurückzutreten, weil während der Vertragsdauer ja an den Verträgen nicht gerüttelt werden soll. Der Ablauf des Vertrages steht aber bevor, und wir hoffen, daß diese öffentliche Aufdeckung es zumege bringt, die standeslosen Zustände auf dem Gebiete der Milchversorgung Berlins wenigstens in einigen Punkten zu bessern.

Echt völkische Ban- esäfte. Ein Vorpiel zu dem Bankswindelprozeß Bruch.

Das Verfahren gegen den Bankbeamten Willi Bruch nimmt einen außergewöhnlichen Umfang an, so daß bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts III ein Sonderdeputat zur Bearbeitung dieser Depotschwindelbelegen eingerichtet werden soll.

Bisher hatte das Ermittlungsverfahren noch keinen rechten Fortgang nehmen können. Nachdem sich Bruch lange Zeit verborgen gehalten hatte und schließlich in einem Sanatorium aufgeföhrt und ins Untersuchungsgefängnis übergeführt worden war, hatten seine Verwandten die Einstellung eines Entmündigungsverfahrens beantragt. Da nunmehr hierüber zunächst entschieden werden muß, ist auch die Untersuchung wegen der Schwindelbelegen des Verhafteten stark verzögert worden. Wie erinnerlich, hatte der Fall Bruch großes Aufsehen erregt, denn Bruch hatte mehr als tausend kleine Leute hineingelegt, die bei ihm Gelder und Effekten in das Depot gegeben hatten, um für sie Spekulationsgeschäfte zu machen. Bruch hatte Beziehungen zu den deutschvölkischen Kreisen, und seine Rundschiffe setzte sich ausschließlich aus diesen zusammen, da er es verstanden hatte, sich als politischer Vertrauensmann aufzuspielen. Er hatte im Jahre 1922 in der Brandenburgstraße 69 in Wilmersdorf ein Bankgeschäft eingerichtet, das einen ziemlich umfangreichen angenommen hatte. Nicht nur waren in dem Hauptgeschäft 36 Angestellte tätig, es bestanden auch Filialen in Potsdam, Bamberg, Stettin, Bismarck, Stuttgart, München und Kofstock sowie Geschäfte in fast allen größeren Städten. Obwohl ihm, wie auch durch eine wiederholte Verfügung des Reichsfinanzministers bekannt gemacht worden war, ein Depot- und Depositionsrecht nicht zustand und er auch an der Börse nicht zugelassen war, hat er in den Jahren 1922/23 große Depotschwindelschäfte gemacht. Die An- und Verkäufe von Effekten ließ er über Stichtkonto laufen. Zu der Ausführung von An- und Verkäufen von Effekten und Devisen an der Börse bediente er sich eines Bankgeschäfts unter den Linden. Durch das Eingreifen des Devisenkontrollkommissars brach das Schwindelgebäude, auf dem das ganze Börsen- und Spekulationsgeschäft der „Bank“ beruhte, zusammen. Bei dem Eingreifen des Devisenkontrollkommissars wurde festgestellt, daß seine „Geldschranke“ aus zwei Kassetten bestanden; der eine „Tresor“ enthielt die Devisen, der andere „Tresor“ die ihm von der Rundschiffe zur Verwahrung gegebenen oder für diese beschafften Effekten. Auch die Buchführung über die Devisen war außerordentlich mangelhaft. Es schwebt gegen Bruch nunmehr ein Verfahren wegen fortgesetzten Betruges. Gestern wurde Bruch aus der Untersuchungsanstalt dem Schöffengericht Wedding vorgeführt, um sich wegen Betruges gegen das Kapitalistengesetz, wegen unzulässigen Devisenhandels und wegen fortgesetzten unerlaubten Handels mit Effekten nach dem Auslande zu verantworten. Bruch behauptete, daß nur durch das Eingreifen des Devisenkontrollkommissars das Bankgeschäft zugrunde gerichtet worden, und daß dadurch die Gläubiger in Verlust geraten seien. Der Verteidiger vertrat die Ansicht, daß dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß er bei dem unerlaubten Handel mit Devisen nach dem Zustand vorjährig gehandelt habe. Er wurde auch von diesem Anklagepunkt freigesprochen, dagegen verurteilte das Schöffengericht Bruch wegen unerlaubten Devisenhandels zu 1000 M. Geldstrafe.

„Das Reichsbanner soll schuld sein“.

In der Berliner Zeitung mit dem Falschingsittel „Nacht- ausgabe des Tag“ trägt wieder einmal ein schwarzwehroter Artikel mündend und erzürnt das Reichsbanner an. Angeblich soll das Spandauer Reichsbanner in der Nacht von Sonntagabend zu Sonntag einen Ueberfall auf die Ortsgruppe Seesefeld der Deutschnationalen Volkspartei ausgeführt haben und diese Teil- „soll sich den Heldentaten würdig anreihen, die in der letzten Zeit von dieser Schutzgarde der Republik in Berlin ausgeführt wurden“. Die Reichsbanner-Organisation wird ja Anlaß nehmen, die Sache aufzuklären. In Wirklichkeit scheinen sich die Dinge — selbstverständlich — ganz anders zu verhalten, denn die „Völkische Zeitung“ in der Lage, folgende Darstellung zu geben: „Etwa 40 bis 50 Reichsbanner-Leute hatten von Spandau einen Ausflug nach Falkensee (?) unternommen und dort haltgemacht. Beim Abmarsch wurden zwei Kameraden vermißt. Trotzdem marschierte man zunächst weiter. Man hörte aber bald darauf Hilfe- rufe und kehrte nunmehr nach Falkensee zurück. Hier waren die beiden Vermissten überfallen und schwer verletzt worden. Die Reichsbanner-Leute machten vor einem Gasthause, wo eine deutschnationale Veranstaltung stattfand, halt und orderten, daß die Leute, die die Reichsbannermitglieder überfallen hatten, herausgegeben würden. Als das nicht erfolgte, drangen sie in den Saal ein und hielten sich verkleidete Leute selbst heraus. Es entstand eine allgemeine Prügelei, bei der es verschiedene Verletzte

Der Mittelweg.

Von Sir Phillip Gibbs.

Am selben Nachmittag besuchten sie noch zwölf weitere Heime. Ueberall dasselbe: Typhus, Ungeziefer, Schmutz und Gestank. „Mein Gott“, sagte Bertram zuletzt, „dies geht über menschliches Ertragen. Können Sie es denn noch aushalten, Radia?“ Sie legte die Hand auf seinen Arm. „Dies ist nur der Anfang, lieber Freund. Sie leiden darunter? Das ist gut. Sie werden dann solche Worte schreiben, daß die Welt zu Tränen und Barmherzigkeit gerührt wird. Und dadurch werden Sie diesen Kindern helfen.“

„Ich will's versuchen“, sagte Bertram. Es war wie ein Schwur.

Im großen Hospital von Kasan, einst so berühmt in der Geschichte der Medizin, gab es keine Prijschen mehr. Die waren zur Feuerung verbrannt. Die Kranken lagen auf dem nackten Fußboden. Die Decken waren ungeheizt.

Dr. Weckes fragte den Chirurgen, der selbst wie ein Sterbender zwischen den Kranken umherwanderte, und faum die Kraft zum Antworten hatte.

- „Haben Sie Arzneien?“
- „Ganz wenig.“
- „Chloroform, Morphinum?“
- „Nichts!“
- „Niginsöl?“
- „Einen Tropfen noch.“
- „Desinfektionsmittel?“
- „Gar nicht.“
- „Seife?“
- „Schon seit zwei Jahren nicht mehr.“
- „Verbandszeug, Watte?“
- „Nichts.“

„Großer Gott“, sagte Dr. Weckes veraweifelt. Und in diesem elenden Haufen der allererkranktesten Menschheit, die, soweit sie sich noch bewegen konnte, unablässig das Ungeziefer in ihren Wunden suchte, die in ihrem Schmutz und Jammer kaum noch menschlichen Geschöpfen gleich,

waren Frauen von einstiger Bildung und Kultur. Als Radia zwischen den Lagern umherging, zurede und tröstete, hoben sich manche schwach empor, um ihr die Hand zu küssen. —

Am Abend nach diesem Rundgang durch die Dantesche Höhle wartete ihrer ein scharfer Kontrast. Denn der Oberst und sein Stab gingen in die Oper. Man spielte den „Boris Godunow“ vor einem meistens von jungen Russen vollbesetzten Hause. Sie waren warm angezogen und allem Anschein nach gut genährt.

„Wie ist es möglich“, fragte der Oberst, „daß diese Leute genug zu essen haben und sich amüsieren, während Millionen um sie herum verhungern?“

„Sie amüsieren sich“, bemerkte Cyrus Sims, der junge Amerikaner, der sie am Bahnhof empfangen hatte, „aber Hunger haben sie alle. Es ist hier kein einziger Mann oder Frau, der sich heute satt gegessen hat. Aber in die Oper gehen sie doch, als zu dem einzigen Ort, der ihnen in dem eintönigen Elend einen kleinen Strahl von Licht, Freude und Farbe schenkt.“

„Ich kann's nicht glauben“, antwortete der Oberst, „diese Leute haben keinen Hunger. Sie werden wohl Sowjetbeamte sein, die geheime Vorräte gehamstert haben.“

„Manche vielleicht, aber oft kann's nicht vorkommen. Denn bis vor einer Woche sind sie noch als Sowjetarbeiter rationiert worden. Jetzt fallen die Rationen aus und sie müssen den Gürtel fester schnallen.“

„Es ist die neue Bourgeoisie“, meinte der Oberst. „Die Bolschewisten haben der alten den Krieg erklärt und eine neue, ihre eigene, gebildet. In Sowjetrußland ist auch nicht mehr Gleichheit als bei uns in den Vereinigten Staaten.“

Bertram stimmte ihm zu, sollte aber noch am selben Abend erkennen, daß der Glanz der Oper doch nagenden Hunger verhillte. Er zeigte sich nach dem Theater in seiner ganzen Schamlosigkeit und Schärfe durch einen Ueberfall auf die Ara. Die Torglöde läutete heftig, und als geöffnet wurde, drang eine ganze Schar der Opernhausmitglieder ein und fragte, ob sie sich bei den Herren Amerikanern zum Abendessen einladen dürften?

„Nur immer herein“, rief Sims. Und sie kamen, sechs Damen und drei Herren. Die Primadonna war eine Perferin

mit einer wundervollen Stimme, riesigen schwarzen Augen und geradezu verheerendem Appetit. Die jungen Amerikaner brachten ihre Konserven, Butter, Brot und Käse herbei und loachten Kasan. Die Damen machten aus ihrem Entzücken kein Hehl und fielen wie die Harppen über das Essen her. Die schöne Perferin verschlang den Rest eines holländischen Käses mit schwärmerisch zum Himmel erhobenen Augen.

Dann brachte einer der jungen Leute ein Grammophon und weichte die vor Lachen kreischende Primadonna in die Geheimnisse des Fortrott ein. Die anderen, noch immer auf der Jagd nach einem verirrten Biskuit, loachten die ganze Tonleiter herauf und herunter.

Bertram schlüpfte unterdessen aus dem Zimmer und legte sich auf sein schmales Feldbett im einstigen Arbeitszimmer des Gouverneurs von Kasan.

Diese Tänzer im Nebenzimmer glichen den lustigen Damen und Herren des Dekameron, die auch von den Creueln der Pest umgeben waren.

Er schaute durch das große Fenster in die weiße Nacht hin aus. Der Mond ließ den Schnee in tausend strahlenden Funken aufblitzen. Es war jetzt sehr still in dieser Stadt mit ihren Häusern, wo sich nackte Kinder und Sterbende auf dem Fußboden wälzten und wo der Typhus die furchtbare Geißel schwang

57.

In dem Hause, wo Radia mit den beiden anderen Russinnen einquartiert war, gelang es Bertram, eine kurze Zeit mit ihr allein zu sprechen, ehe er früh am nächsten Morgen das Schiff bestieg, das ihn stromabwärts nach Samara führen sollte.

„Ich möchte Ihnen Lebewohl sagen, auf ein paar Wochen aber nur. Wieder —“

Sie sah lächelnd von ihrer Nahrung zu ihm auf. Ein langer weißer Ueberrock, so wie Aerzte ihn tragen, war beinahe fertig.

„Ahn? und nachher, mein Freund?“

Er schwieg eine kleine Weile und dachte an sein ganzes Leben und seine Bedeutung, und an die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft.

(Schluß folgt.)

Eine fürstliche „Handlungsbörse“

Der Rastatter Kongress (1797—1799) wird von den Geschichtsschreibern, die unsere deutsche Jugend zu lammergeisigen, königsirenen Staatsuntertanen zu erziehen haben, möglichst mit Stillschweigen übergangen. Und das ist jedem Kenner der fortgeschrittenen Landesverhältnisse, die Deutschlands Fürsten auf diesen Kongresse begingen, sehr verständlich. Die deutschen Landesväter erwiesen sich in Rastatt als ganz ausgesprochene Stiefväter Deutschlands, die in Rastatt gegen eine ungeheure Bereicherung an Land und Leuten ihr gemeinsames Vaterland an Frankreich verhörrten wollten.

Ein sehr eifriger Akteur des beschämenden Schauspiels in Rastatt, der Graf Lehrbach, spricht einmal in seinem Bericht vom 1. Januar 1799 von dem dort togenden Kongress als von einer „Handlungsbörse“, auf der die Bistümer und Äbteien schmächtig veräußert wurden. Der französische Gesandte Robespier hatte in Rastatt deutsche Karten an die Wände geheftet und den deutschsprachigen Potentaten bereitwillig deutsche Länderkarten, Bistümer und Äbteien, zugewiesen.

Seit dem Wasser Frieden 1795 hatte sich Preußen auf neuen Nachterwerb in Deutschland eingerichtet. Es verriet das linke Rheinufer an Frankreich um sich um so ergiebiger im übrigen Rheinfland entschädigen zu können. Zwei Jahre später sprach Oesterreich im Frieden von Campo Formio sein Ja und Amen zum französischen Raub des linken Rheinufers. Und für diesen Raub ließ es sich Entschädigungen von Frankreich versprechen. „Auf der rechten Seite waren den erblichen Fürsten für die verlorenen Besitzungen Entschädigungen versprochen. Der Kaiser sollte dabei nicht leer ausgehen, aber zunächst in venetianischen Gebieten für Belgien und Lombardie Ersatz erhalten.“ In Campo Formio war auch in den Friedensbedingungen festgelegt worden: Auf dem Kongress zu Rastatt sollte der Reichsriede durch Bevollmächtigte des Reiches und der französischen Republik geschlossen werden. Dem preußischen und österreichischen Verrat des linken Rheinufer an Frankreich sollten nun auch die anderen Reichsfürsten und Reichsstände beitreten und dann ihren Judaslohn an Entschädigungen empfangen.

Dem Rastatter Kongress wohnte als Gesandtschaftssekretär der wtlige Ritter Karl Heinrich von Lang bei, und er hat in seinen Memoiren der Rastatter „Handlungsbörse“ ein unsterbliches Denkmal gesetzt.

Die offenen und geheimen Abmachungen Preußens, Oesterreichs und einiger süddeutschen Staaten mit Frankreich verrieten die Interessen des Reiches in der gräßlichsten Weise, der Rastatter Kongress aber wand sich förmlich in heuchlerischen Redekoskeln über das Prinzip der Integrität, der Unverletztheit des Reiches. Der Ritter von Lang hat das staatsrechtliche Gerede und Gekasch dieses Kongresses drastisch so geschildert:

„Da entstand nun ungläubliches Heulen und Wehklagen von Leuten, die wenigstens insofern zu bemitleiden waren, daß ihnen so etwas in ihrem Uebermaß des Glaubens und der falschen Hoffnungen nur einigermaßen unerwartet hat kommen können. Man füllte die Protokolle mit wechselseitigen Beteidigungszeugnissen und kreuzigte sich mit mannigfaltigen Erklärungen, wie sehr noch die Integrität (Unverletztheit) des Reiches und die Abtretung des linken Rheinufer zu gleicher Zeit als Grundartikel des Friedens bestehen konnte; bis man dann die beruhigende Erklärung darin fand: die Integrität des Reiches sei keine rohe, sinnliche, körperliche, sondern eine symbolisch-idealistische, nach weicher, Abheingrenze hin oder her, doch noch dieselbe Verbindung des allerhöchsten Reichsoberhauptes und dessen allergeringster Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches fortbestehen, zumal der bloß scheinbare Verlust auf einer Seite durch die effektiven (tatsächlichen) Entschädigungen auf der anderen vollkommen redintegriert (wieder unverfehrt gemacht) werden sollte. Anders nun alle begierig waren zu wissen, woher alle Entschädigungen kommen sollten, viele, die es schon wußten, schweigend die Köpfe zuckten, kam am 15. März die französische Gesandtschaft mit der kurz abgebrochenen Erklärung zu Hilfe: „daß diese Entschädigung in der Säkularisation (Verweltlichung) der geistlichen Güter zu suchen sei.“

Jetzt war der Knoten zerhacken und das Signal zur Wünderung gegeben. Jeder größere Stand machte sich seinen Plan, irgendein Bistum oder ein Fezzen davon, der kleinere irgendeine Äbte, der geringste Edelmann irgendeinen Schafhof davon zu reißen.

Man sah die geistlichen Befandten als geächtet an und ging ihnen jetzt überall aus dem Weg. Es regneten gleichsam vom Himmel herunter die Liquidationen (Abrechnungen) der Schuld, die jeder am linken Rhein erlitten haben wollte, mit Bezeichnung der Objekte (Gegenstände), die er dafür zur Entschädigung wünschte, und die er durch seine Negotiationen (Unterhandlungen) bei den drei Gesandtschaften von Frankreich, Oesterreich und Preußen zum Teil durch ausgewirkte unmittelbare Empfehlung der Ministerien durchzusetzen suchte, wobei man voraussetzte, daß die arme Reichsdeputation selbst nichts weiter zu tun haben würde, als die von drei Mächten geneh-

Luther vor dem Reichstag zu Berlin.



„Hier stehe ich. Bald wird es ausgestanden sein. Gott helfe mir! Amen.“

nigte Ausstellung gehorsamlich gatzubehalten. Unterdessen verjuchten die geistlichen Schäfer, den Wölfen, von denen sie sich umgeben sahen, noch allerlei bewegliche Vorstellungen zu machen, z. B. „daß es eine Gewissenssache wäre, solche gottgeweihte Güter an sich zu ziehen, daß ihre Wünderung bald anders nach sich ziehen würde, daß, wenn eine Entschädigung durchaus zu geben sei, sie nicht ausschließlich von den geistlichen, sondern auch von der weltlichen Seite geleistet werden müsse; daß man sich ja auf gültliche Verbindungen in Geld oder nur teilweise Abtretungen versehen könnte.“

Ritter Lang schildert nun die einzelnen veruchten betrügerischen Kunstgriffe, um die Werte der geistlichen Güter und die dafür einzuführenden Entschädigungen zu verunkeln. Er fährt dann fort: „Als aber alles dies nicht verlangen wollte, fielen sie unter sich selbst voneinander ab; die Bischöfe fanden sich geneigt, gleichwohl

die Güter der Klöster preiszugeben; die Erzbischöfe glaubten, es könne zureichen, wenn man höchstens nur die Bistümer angreife, und davon den drei geistlichen Kurfürsten zu einem Trost auch eine kleine Vergrößerung durch die Lande von Salzburg, Münster und Fulda mit autommen lasse; unter diesen sollte endlich Mainz in Gottes Namen zu allem Ja sagen, wosern man dafür Sorge, daß Mainz als ein deutscher Patriarch (Erzwoiter, Titel hoher geistlicher Würdenträger) und Primas (erster Bischof des Reiches) übrig bleibe.“

Angesichts der finanziellen und politischen Täuscher- und Räckerkünfte der Herren Gesandten spricht der Ritter von Lang in seiner derben Weise von einem „Polakumwesen in Deutschland“.

Hatten die Herren der Rastatter „Handlungsbörse“ dem nächsten Geschäfte des Heilichens am Tage gefrönd, dann ergaben sie sich des Nachts völlig dem „Tumel der Sinnentlust“. Die Kaffeehändler, die französischen Theater- und Spielsäle füllten sich mit den Diplomaten und ihrem liebeselischen Anhang. Bei Tagesanbruch kam der Ritter von Lang nach Hause, und er erwachte, „wenn die „baldigen Herren Hauptleute“ unter seinem Fenster „die Klappen ihrer Wachtplantage mit dünnen Abzügen durchpoischen liehen“.

Der Kongress der Verschärer des linken Rheinufer ging schließlich unerrichteter Sache auseinander. Als die französischen Gesandten am 2. April 1799 abends Rastatt verließen, wurden sie von österreichischen Huzaren überfallen und ermordet. Nur einem Gesandten gelang es, aus den Händen der Mordgesellen zu entkommen. Ein geheimnisvolles Dunkel liegt noch bis zur Stunde über diesem Gesandtenmord.

Das unvollendete Werk des Rastatter Kongresses setzte 1803 der Reichsdeputationshauptausschuß zu Regensburg fort:

Durch einen gewalttätigen revolutionären Eingriff in das geistliche Eigentum vergrößerten die weltlichen Fürsten in Deutschland ihren territorialen Besitz sehr beträchtlich, denn die geistlichen Besitzungen wurden in den Tagen des Rastatter Kongresses auf beinahe 1200 Quadratkilometer mit mehr als drei Millionen Bewohnern gekürzt. Um den verlustenen Länderraub auszuführen zu können, haben sich deutsche Fürsten schmächtig vor Frankreich gedemütigt und diesem schließlich das linke Rheinufer in die Hände gespielt. P. R.

Wie Abu Hil die Tuberkulose behandelte. Daß es nichts Neues unter der Sonne gibt, ist auch schon eine alte Sache, oder man wird immer wieder an diese Weisheit Salomonis erinnert. Da glauben wir nun, daß wir erst auf den Gedanken gekommen sind, die Tuberkulose mit Weisheit und Sonne und Luft zu behandeln, und plötzlich erscheint dann ein arabischer Doktor, der klipp und klar nachweist, daß in seinem Heimatlande diese Behandlung schon um das Jahr 1000 herum gang und gäbe war. Der arabische Arzt, der das feststellte, heißt Dingigil oder so, hat in Rastatt sein medizinisches Staatsexamen gemacht und hielt kürzlich vor einer ganzen Rotunde berühmter Berliner Professoren einen Vortrag über einen Landmann und Kollegen namens Abu Hil Wischkenne, der um die erste Jahraufendende unserer Zeitrechnung ein großer Medizmann war und die Tuberkulose in der gedachten Art aus der Welt zu schaffen suchte. Abu Hil hatte, wie irgend ein Arzt unserer Zeit, den ansteckenden Charakter dieser Krankheit erkannt und in mehreren gelehrten Abhandlungen darauf hingewiesen. In einigem wich seine Therapie allerdings sehr von dem heutigen Heilverfahren ab. Er begann die Kur damit, daß er dem Kranken Honig und den Saft roter Rosen — sie mußten unbedingt rot sein — in die Lungen einspritzte, worauf er mit einem gelähmten Eilen den infizierten Teil der Lunge ähite und ausbrannte. Wenn das geschehen war, wurde der Kranke längere Zeit mit einem Sud von Honig und Rosenkrantz genährt. Und dann, in der Resonanzleise, begann die Behandlung mit Milch und frischer Luft. Abu Hil soll mit diesem System immer große Heilerfolge erzielt haben. Wie mögen sich unsere Kräfte wohl zu den Honig- und Rosenkrantzinjektionen stellen?

Auch ein Wohlthäter der Menschheit. Der 1691 in Kärnten geborene Philipp v. Stosch darf mit Hug als Vater des Monokels gelten. Nebenfalls ist er der erste, von dem eine alte Schwimmschleuder (Cronit) fündet, daß Stosch ein Monokel trug. Er ... bedient sich eines Fernglases, so mit einem dünnen Rechten am Rock befestigt ist. Die Haut um sein Auge ist also gewöhnt, daß sie sich weit um dieses Glas schließt und er nicht nötig hat, jedes mit den Händen daran zu halten. — Uebrigens war Stosch englischer Agent in Rom und stand bei seinen Zeitgenossen im Geruche, ein großer Abenteuerer und galanter Frauenjäger zu sein.

Das Fest der Liebe.

Von August Stamm.

Diese Novelle ist bereits vor zwanzig Jahren, in der Frühzeit des Dichters, erschienen. Sie wird aus seinem Nachlaß hier zum erstenmal veröffentlicht. Abt. 8. „Vormärz“.

Düster und schwer war die Luft. Wie Blei lag sie am Himmel und der scharfe schneidende Nordost peitschte die Schneefriser vom Boden auf den Menschen ins Gesicht.

Weit und breit kein Haus, kein Dach. Man hätte keinen Hund hinaus jagen sollen! Und es war auch keiner draußen! ... Doch ... ja ... nein! ... dort unten im Graben ... tappste es durch den Schnee ... auf der windabwehrenden Straße ... ein ... zwei ... drei ... zusammengekauerte Gestalten ... bis zur Hälfte im Schnee ... dann wieder auftauchend auf dem eisgefrorenen Boden, den Hut über Kopf und Ohren, die Arme an den Leib gekrampt ... schneewummelte Schattenrisse ... sturmoerwachte Menschen!

Der Vorderste trug einen Mantel, der letzte eine Jacke, der dritte nur etwas von einem Schal, das nach Wetterschutz ausah.

In einer Austerung des Grabens, die der Sturm nicht so packte, knauften sie auf. Der Führer holte den schweren Knotenstoß unter dem Arm vor, stieß ihn schneidend in den Schnee und prüfte das Eis aus dem buschig grauen Schnurrbart um die rötliche Nase. Die unter dem gersehen Hutkrempe hervortragte.

„Dummer im Kral! ... hoo muß us messiern!“

„Säßen in's Rest blösen fin!“ ächzte der Hintermann, schloß aber schnell die Lippen, weil der Schnee dazwischen fuhr und ihn von innen ausfro; dann stampfte er und schüttelte sich und hustete, daß kein junges blauefrorenes Gesicht ordentlich einen warmen Schimmer kriegte.

„Goatt verdammt ... Dreckschwoalber dua ...“ schnurrte der Alte, „uff de Schenigelswindel!“

Der Junge schüttelte sich und der Dritte lachte, daß der Hader ihm über den Kopf wuchs und die langen Arme mit den großen Fäusten fest durch die grublosen Taschen zu den Hosenenden rausficken.

„An de Schenigelswinde ... un dds uff Weihnacht ... wo's feberall Bieler legt ... Jungchen!“

„Goatt verdammt!“ knurrte der Weitemann, und setzte sich in Marsch ... und nun waren sie wieder im Sturm.

Ein Hofe stob neben ihnen auf und sein Schalten huschte in langen Sähen übers Feld.

Der Buckel machte einen Sprung und lachte, aber nur kurz; der Wind schlug ihm in den Mund und da mußte er husten.

Der Weitemann stieß mit dem Stod in einen Rest Kartoffelkochen und gefrorenen Brei, den eine mitleidige Seele für Vögel und Wild hingeshüttet haben mochte.

„Wie weit noch?“ fragte der Grünling.

„Drei Stund bis Roschum, woans Maul häßt ... funkt nimmer!“ und der Sturmgreis stapfte daren und die anderen hinterher.

Der Sturm sahste nicht mehr so; die Gegend wurde hügeliger und bewaldet. Weit hinten tauchte ein Haus auf und ganz aus der Ferne läuten Glockenkänge. Schaudend kletterte der Alte aus dem Groben, streckte die Beine und räfelte und schlenkerte den eingefrorenen Schnee aus den Strohputzen, die ihm als Stiele dienten.

„Bokante!“ knurrte der Buckel, und wies nach hinten, wo sie hergekommen, „brauchten nich Schnee polfen drum bis her!“

Der Alte stieß unwillkürlich mit dem Stod auf.

„Jedrenaten Marsch ... jog'n se miltidänsch ...“ und der Buckel polterte „Samuel, jeh du voran, du hos de Wasserstiel an!“

Der Grünling lachte, und selbst der Alte bellte einen dumpfen Ton.

„Schnauß besser aus ... hau dun!“

„Von wesen de Foucogelste?! ... jut ... ein muß' fin!“

und der Krüppel schob lachend die zerlumpte Tasche, die ihm an der Seite unter dem Wams vorschleppte, mit kurzem Ruck auf den Rücken. „hast keine Wange nich! ... bin immer 'n ehrlicher Hund jewelen! ... Gott sei's jeklagt!“

Und er machte sich auf den Weg, während die anderen ihm langsam folgten.

Der Sturm war etwas abgeflaut, aber dafür setzte ein dichter Schneefall ein. Es begann zu dunkeln! ... Brer! ... und es fror! ... und noch drei Stunden bis Roschum, auf die der Alte seine ganze Hoffnung setzte, die sich für ihn in den Geruch einer „dicken Penne“ umsetzte, wenn sie nur genug „Schlummerpech“ schleitete. Und der Schnee fiel so dicht, daß die beiden immer nur bis zum nächsten Baum schauen konnten, und wo ein Schatten auftauchte in dem weißen Brei, da storkten sie hin und schauten dann wieder zusammen wie ein paar verbehte Hunde.

Gerode als sie vor der Dorfkirche waren, klang ein Stomphen hinter ihnen, Schnauben und dazwischen ein leises Klirren und Klappen von Lederknäulen und Weisel.

Der Sturmgreis mitterte wie ein Hundhund! Zu sehen war nichts! aber man merkte ihm an, er kamnte den Ton! Er packte den jungen Gefellen am Arm, gab ihm einen Schubs auf die Kröße zu und verschwand in eiligen Schritten — kaum daß der Befährte ihm folgen konnte — in der Kirchentür.

Sie rissen den Hut vom Kopf und blicen an der Türe stehen.

Dunkel war es in dem Raum; nur vorne im Altarrund brannten zwei große Kerzen und auf der Kanzel am Mittelpfeiler warf ein einzelnes Licht keinen flackernden Schein in das bleiche Entlich eines jungen Priesters.

Er redete von der Barmherzigkeit und ihren Werken.

Drunten aber lauschte die stumme Menge.

Er redete von der Barmherzigkeit und der Demut und ihren Werken:

„Gott gab dohin seinen einzigen Sohn, um uns zu erlösen! Er nahm das Leid auf sich und das Kreuz und opferte sich auf dem Altar der Liebe! Der Kermis wollte er sein unter den Kermisen! Gehet hin und tnet desgleichen! Eher ist es möglich, daß ein Kameel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher eingehet in das Reich Gottes! Ein Reicher ... der nicht teilt seinen Ueberfluß mit dem Armen, der erbarmungslos niederhaut auf ihn und seine Qualen, der ihn jagt von Tür und Hof hinaus in Wetter und Nacht, als wäre er sein Bruder nicht ... ein Hund nicht mal, für den er immer noch einen Platz hat am Herde! ... Was schert er nich?! ... Bin ich der Hüter meines Bruders Abel?! ... Kann ich sorgen für so viele andere?! ... Wuß ich nicht zuleben, daß ich selbst nicht zugrunde gehe?! ... Und nun redet sich die dünne knochige Gestalt und hob die Hand beschwörend und wiederholte: ... „Knoch! ... er sehe zu ... er sehe zu ... daß ... er ... nicht ... zugrunde ... gehe! ... Wehe ... Wehe ... Wehe ... Wehe ... Wehe ...“

Die beiden Gefellen hatten regungslos gestanden; der Alte stierte stichsüchtig starr auf Boden. Der Grünling hatte erst nervösartig sehen umgesehen, dann war er aufmerksam geworden und starrte gebannt auf den Priester; seine Augen wurden weit und seine dünnen Lippen stonden geöffnet unter den Tauchneer trüpfelnden Schnurrbartboaren; sein Körper hing an zu zittern, und als der Wehruß erscholl, entrang sich seinem Munde ein Schrei, so schrill und dumpf, so blutrünstig und weh, so rachsüchtig und herzerweichend, daß der Ruf des Priesters verhallte wie Theaterpuff gegen den Todesstreich eines gebeten Wildes, daß die schwirrende Gemeinde zusammenschauerte wie vor etwas Unschälichem, Schrecklichem, und der Buhprediger, bis ins Innerste erschrocken, die Hand auf die Kanzel fallen ließ und stochte.

Der Sturmgreis fuhr auf aus seinem Brillen, warf einen verfürten Blick auf den Gefährten, der mit offenem Munde den Pfaffen anstarrte, packte ihn am Arm, und ehe noch jemand zur Bestimmung gekommen und der Uebelthäter sich keiner selbst bemußt geworden war, trakteten sie draußen durch den peitschenden Schnee ... nicht rechts, nicht links blickend ... ziellos ... leuchtend ... vorwärts!

(Fortsetzung folgt.)

